Nr. 241.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 14. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Deutsche Aushungerungspolitik.

In einem Artikel über die Fleischnoth suchte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Nachweis zu liefern, daß ein Mangel an Rindvieh und Schweinen sich nicht erkennen lasse und daß der Großhandelspreis für Fleisch sich keineswegs zu einem abnormen gestaltet habe. Die gegenwärtigen Fleischpreise seien vielmehr durch künstliche Treibungen und durch den Zwischenhandel veranlaßt. Vorderhand dürfte daher an die Oeffnung aller Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehes nicht gedacht werden. Was die „Nordd. Allgem. Ztg." als Beweis für ihre Behauptungen beibringt, erweist sich jedoch auf den ersten Blick als durchaus irrig. Denn ihr durch reichhaltiges Zahlenmaterial versuchter Beweis, daß im Jahre 1898 die Zufuhr vom Auslande gegen 1897 zugenommen habe, ist kein Beweis dafür, daß nicht dennoch Mangel an genügendem Fleisch in Deutschland besteht.

Der Artikelschreiber der „Norddeutschen Allg. Ztg." übersieht — ob mit Absicht, lassen wir dahingestellt — den einen wichtigen Punkt, daß auch schon im Jahre 1897 ebensowohl in Händlerkreisen wie bei den Fleischern Mangel an Schlachtvieh konstatirt wurde, der sich den Konsumenten in höheren Fleischpreisen fühlbar machte. Die Preiserhöhungen des Fleisches im Laufe des Jahres 1898 brachte es dann dahin, daß sich eine wirkliche Fleischnoth in der großen Masse der Konsumenten bemerkbar machte. Weist doch z. B. der Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1897 auf die Schwierigkeiten hin, den deutschen Markt infolge der Sperrmaßregeln mit genügendem Fleisch zu versorgen. Die „Nordd. Allg. Ztg." verschweigt ganz, daß allein in den drei Jahren 1895—1897 der Werth der eingeführten Rinder von 112 256 000 M. auf 57 441 000 M. oder 49 pCt., der Schweine von 84 584 000 M. auf 57 310 000 M. oder um 33 pCt. sank. Das oberoffiziöse Organ muß das Publikum, für das ihr Artikel berechnet ist, für bodenlos unwissend halten, wenn es glaubt, daß man sich durch seine Berechnungen täuschen lassen könnte. Auf die Verminderung der Einfuhr und andererseits auf die jährlich wachsende Zunahme des Konsums ist es zurückzuführen, daß z. B. die Großhandelspreise pro 100 Kilo in Berlin betrugen:

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch
1895	119,0	90,1	112,8
1896	112,2	86,2	107,8
1897	113,1	105,0	115,3
August 1898	119,75	117,75	118,50

Auch nicht der Zwischenhandel, noch weniger die Fleischer sind die Sündenböcke für die jetzige Fleischnoth, da die Detailpreise im Vergleich zu den Großhandelspreisen durchaus nicht schneller gestiegen sind. Ob die Zwischenhandels-Gewinne und der Fleischernutzen im allgemeinen nicht ein zu hoher ist, das ist eine Frage, die hier nicht in betracht kommt. Gestiegen sind die Fleischpreise im Konsumhandel infolge der verminderten Zufuhr von Schlachtvieh und der ungenügenden Zufuhr von Fleisch.

Ganz glücklich ist die „Nordd. Allg. Ztg.", daß sie am Schlusse ihrer falschen Beweisführung dem deutschen Volk die frohe Botschaft verkünden kann, im Interesse der Gesundheit unseres deutschen Viehstandes dürften die Grenzen nicht geöffnet werden. Da möchte man denn doch fragen: Geht denn die Fürsorge der deutschen Regierung für das agrarische Schwein über die Fürsorge für die Gesundheit des deutschen Arbeiters? Vergegenwärtigen sich denn unsere Regierungskreise garnicht, daß diese schon länger andauernde Vertheuerung des Konsums unsere gesammte arbeitende Bevölkerung in ihrer wirthschaftlichen Tüchtigkeit weit mehr bedroht, als die eingebildete Gefahr, die dem deutschen Vieh von fremder Einfuhr kommen soll? Es ist nicht wahr, daß die Verseuchung unserer Viehbestände durch das Ausland verursacht ist. Vielmehr hat der schwedische Minister des Innern Recht, der im dortigen Reichstage aus Anlaß unserer Grenzsperre gegen schwedisches Vieh die deutsche Maßregel durch folgende Worte charakterisirte:

„Wenn man gesundheitliche Rücksichten benutzt, um ganz andere Interessen mit einer schützenden Verkleidung zu umgeben, so ist leicht einzusehen, daß wir den Angriffen vom Auslande nicht gewachsen sind, denn was wir auch beginnen mögen, stets wird man für die vorgenommenen Schritte einen Grund anführen können, um die wirklichen Beweggründe zu verheimlichen."

Der Erfolg der Viehsperre besteht darin, daß die an und für sich schon ungenügende Ernährung des arbeitenden Volkes noch weiter zurückgegangen ist. Vor zehn Jahren, im Jahre 1888, betrug der Konsum der Berliner Bevölkerung an Fleisch 85,13 Kilogramm pro Kopf, an Kartoffeln 65,55 Kilogramm. Im Jahre 1895 betrug der durchschnittliche Konsum nur noch 73,53 Kilogramm Fleisch, dafür aber 87,66 Kilogramm Kartoffeln. Da nun in den letzten drei Jahren die Fleischpreise im Steigen begriffen waren, so ist, obwohl bis jetzt noch keine statistischen Berechnungen für die letzten drei Jahre vorliegen, der Schluß nicht von der Hand zu weisen, daß der durchschnittliche Fleischkonsum noch weiter zurückgegangen ist, daß dafür aber die Berliner Bevölkerung ihr Nahrungsbedürfniß durch eine entsprechend reichlichere Zufuhr von Kartoffeln stillt. Zunehmende Kartoffelnahrung an stelle von Fleischnahrung bedeutet aber ein wirthschaftliches Defizit der Volkskraft. Der Physiologe Voit führte mit bezug auf Berliner Verhältnisse schon vor Jahren aus:

„Es ist kein Vortheil, sondern ein verhängnißvolles Vorurtheil und eine Vergeudung von Nahrungsmaterial, wenn man so große Mengen von Kartoffeln einführt. Wenn auch die arme Bevölkerung Berlins an die beständige Anfüllung des Magens mit Kartoffeln gewöhnt ist, so dürfen doch zum Beispiel die Volksküchen nicht dem Schlechten fröhnen und auf einen herabgekommenen Körper rechnen, sondern sie sollen das geben, was für einen gesunden Körper ausreichend ist."

Es ist eine traurige, aber wahre Thatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung sich in bezug auf ihre Ernährung mit den Besuchern der Berliner Volksküchen auf eine Stufe zu stellen hat. Schon 1895 war das der Fall, heute aber erst recht. Eine vorsorgliche Regierung hätte aus dieser Thatsache schon längst die Veranlassung entnommen, dahin zu wirken, daß der arbeitenden Bevölkerung des Deutschen Reiches, die in Berlin verhältnißmäßig immer noch besser gestellt ist als in der Provinz, zum mindesten nicht durch staatliche Eingriffe die Lebensmittelpreise vertheuert würden. Aber wie gesagt, das feiste Schwein der Agrarier wiegt heutzutage in offiziellen Kreisen mehr wie ein schlecht genährter deutscher Arbeiter. Das ist in der Aera Posadowsky zwar nicht verwunderlich, aber bei all den Angriffen auf die politischen Rechte des Arbeiters und auf seine wirthschaftliche Bewegungsfreiheit gehört gerade dieses Bild noch zur vollständigen Charakterisirung des deutschen Regierungskurses am Ende des 19. Jahrhunderts.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober.

Das Programm der Anti-Anarchisten-Konferenz. Der belgische Korrespondent der „Kreuz-Zeitung" will von einer Persönlichkeit, die der italienischen Regierung sehr nahe steht, näheres über das Programm erfahren haben, welches die italienische Regierung der bevorstehenden Konferenz vorzulegen beabsichtigt. Das Programm solle drei Vorschläge umfassen:

1. die ausnahmslose Unterdrückung aller anarchistischen Zeitungen, Flugschriften und Maueranschläge; 2. schonungslose Ausweisung aller fremden Anarchisten und 3. Einführung eines besonderen Verfahrens bei anarchistischen Prozessen.

Was den dritten Punkt betrifft, so handelt es sich, wie der belgische Korrespondent weiter wissen will, um zweierlei: Zunächst soll bei anarchistischen Prozessen ein abgekürztes Verfahren platzgreifen. Dann aber soll das geheime Verfahren eingeführt werden, damit einerseits dem gewöhnlich theatralischen Auftreten der anarchistischen Helden und andererseits dem gefährlichen Nachahmungstrieb ein Ziel gesetzt werde.

Es muß dahingestellt bleiben, ob die Absichten der italienischen Regierung bezüglich des Programms für die Anarchistenkonferenz richtig wiedergegeben sind. Sind sie aber richtig wiedergegeben, so wird die Vermuthung bestätigt, daß die Konferenz nichts gegen den verbrecherischen Anarchismus ausrichten wird, ja, daß ihre etwaigen Beschlüsse das Uebel eher verschlimmern als verbessern dürften.

Die Unterdrückung aller anarchistischen Zeitungen würde Blätter durchaus harmloser Art treffen. Es würden phantastische Idealisten, mit niedrigen Verbrechern auf gleiche Stufe gestellt und in gleicher Weise an der Aeußerung ihrer Anschauungen behindert werden. Diese äußerliche Unterdrückung würde aber leicht dazu führen, daß bisher ganz ungefährliche Leute verbittert und zu allem fähig gemacht werden, während die eigentlichen Verbrecherthaten dadurch in keiner Weise beseitigt oder nur vermindert werden können.

Nicht nützlicher ist die Ausweisung fremder Anarchisten. Hierdurch wird der Anarchismus nicht beseitigt, sondern nur eine andere örtliche Vertheilung seiner Anhänger erzielt.

Am bedenklichsten erscheint der dritte Programmpunkt. Wenn der Hergang bei einem anarchistischen Verbrechen so klargestellt ist wie im Falle der Ermordung der Kaiserin Elisabeth, dann mag auch ein abgekürztes und geheimes Verfahren nicht schlechter sein und zu keinerlei anderen Folgen führen als das heutige Verfahren. Aber sehr häufig, wohl bei der Mehrzahl der anarchistischen Attentate, ist eine sehr gründliche Prozeßführung und eine genaue Kontrolle der Oeffentlichkeit im höchsten Maße nöthig, damit nicht schurkische Machenschaften und Spitzelkünste verborgen bleiben, und durch die Aussicht auf Geheimhaltung ermuthigt, zu immer verderblicheren Thaten schreiten.

Uebrigens dürfte die Durchführung der angeblichen italienischen Vorschläge zur Zeit noch in weitem Felde stehen. Denn den ersten und dritten Punkt des Programms können die meisten europäischen Regierungen nicht ohne Zustimmung der Volksvertretungs-Körperschaften verwirklichen. Und es steht doch zu hoffen, daß die Volksvertretungen derartige völlig verfehlte Versuche, den Anarchismus zu bekämpfen, nicht ohne weiteres billigen werden. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat sich in der lippeschen Angelegenheit, wie die „Nat.-Ztg." erfahren haben will, für unzuständig erklärt. Es entspricht dies der Stimmung, welche von Anfang an gegenüber dem Versuche der schaumburg-lippeschen Regierung, den Bundesrath zu einem Eingreifen in die Landesgesetzgebung von Lippe-Detmold zu veranlassen, bestanden hatte. Der Artikel 76, Abs. 1 der Reichsverfassung bestimmt, daß „Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt werden". Der Bundesstaat Schaumburg-Lippe, welcher den Bundesrath angerufen hat, befindet sich aber in keinerlei Streitigkeit mit dem Bundesstaate Lippe-Detmold; sondern der Fürst von Schaumburg-Lippe erhebt persönlich für sich und seine Familie Erbfolge-Ansprüche in Lippe-Detmold. Ueber diese ist entweder von den Gerichten dieses Bundesstaates oder von der Gesetzgebung desselben zu entscheiden. Der Bundesrath hat daher den allein möglichen Beschluß gefaßt, indem er sich für unzuständig erklärte. —

Vom elendesten aller Wahlsysteme. Aus Altona schreibt man dem „Hamburger Echo":

Herr Oberbürgermeister Dr. Giese ist Mitglied des preußischen Herrenhauses; und zwar ein sehr gewichtiges Mitglied, denn er hält dort zuweilen politische Reden. Doch bei den Landtagswahlen ist der Herr Oberbürgermeister Volk, und zwar Volk dritten Ranges, Volk von der dritten Wählerklasse, Volk, welches mit den Leuten von der fiktiven Steuersumme von 3 M. zusammen auch ein Drittel der Wahlmänner stellen darf. Oberbürgermeister Giese wohnt nämlich im zwölften Bezirk, und da dort noch etliche Leute von höherem Einkommen ihr Domizil haben, ist er gewogen und zu leicht befunden worden — für die erste und zweite Wählerklasse. So wird er denn mit Gevatter Schneider und Handschuhmacher zur Wahl gehen und seine Stimme wird ein winziges Bruchtheilchen ausmachen in der Menge. Dagegen wird in einem anderen Bezirk ein Brotträger mit der ersten Wählerklasse stimmen. Vielleicht wird nun im Hause der Lords Herr Giese eine Aenderung des elendesten aller Wahlsysteme (so sagte ja Bismarck) beantragen, um endlich „Besitz und Bildung", und namentlich der letzteren, zum Siege zu verhelfen.

Ueber den Waffengebrauch der Münchener Schutzmannschaft schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten": Die Münchener Schutzmannschaft hat über den Waffengebrauch eine besondere Instruktion erhalten; die Waffen dürfen nur gebraucht werden, wenn hierzu von den Vorgesetzten besonderer Befehl ertheilt ist oder wenn gegen den Schutzmann ein gewaltthätiger Angriff gemacht wird, oder ein solcher Angriff unmittelbar droht, ferner wenn dem Schutzmann ein nur durch Anwendung von Waffen zu überwindender Widerstand entgegengesetzt wird oder wenn die dem Schutzmanne anvertrauten Personen, Güter oder Posten auf keine andere Weise vertheidigt werden können. Es soll jedoch auch in diesen Fällen von den Waffen nur mit möglichster Schonung und nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn alle anderen Mittel, wie Ermahnungen, Warnungen, erfolglos geblieben sind. Ueber die Führung und den Gebrauch des Revolvers wurden besondere Vorschriften erlassen. Revolver werden zumeist nur von Landgendarmen und Kriminalschutzleuten geführt."

Man scheint in Bayern also ohne die besondere preußische Schneidigkeit, wie sie im Erlaß des Herrn v. d. Recke zum Ausdruck kommt, die Ordnung aufrecht erhalten zu können. Und wir sehen keinen Grund, warum gegen die preußische Bevölkerung eine so rücksichtslose Härte in Anwendung gebracht werden müßte. —

Verdächtigungen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" schreiben:

„Die imposante Summe, welche der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes als Partei-Einnahme nennt, erreicht übrigens keinesfalls die wirklichen Einnahmen, was schon aus der diesjährigen Verwendung von nahezu ¾ Millionen Mark für die Reichstags-Wahlen hervorgeht. Die Zahlen, welche man in dem üblichen Geschäftsbericht der Oeffentlichkeit bekannt giebt, sind nur diejenigen, aus denen man kein Geheimniß zu machen braucht und die alle Welt wissen kann. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß die Sozialdemokratie noch außer den öffentlich verrechneten Beträgen über Baarmittel verfügt, deren Höhe eine bei weitem größere ist, als man gemeinhin annimmt. Der erheblichste Theil hiervon stammt aus dem Auslande, insbesondere aus England, wo bekanntlich die Freunde der deutschen Sozialdemokratie bei allen größeren Ausständen und bei den Wahlen zur ausreichenden klingenden Unterstützung stets gern bereit sind. Aber auch im Inlande tragen manche offene und heimliche Gönner ihr Scherflein bei, wovon natürlich der offizielle Bericht ebenfalls nichts zu melden weiß."

Was den „Berl. N. N." bekannte Thatsachen sind, ist nichts anderes als Flunkerei. Ueber die Partei-Einnahmen wird offen Rechnung gelegt, auf dem Parteitage kann jeder Delegirte sich über die Verhältnisse bis in die Einzelheiten unterrichten. Die Einnahmen der Partei aus dem Auslande sind eine Fabel. Den winzigen Einläufen aus dem Auslande stehen weit größere Posten gegenüber, die wir in Bethätigung internationaler Solidarität ins Ausland gesandt haben. —

Durchschaut. Die „Deutsche Tagesztg." schreibt:

„Die Auseinandersetzungen des Stuttgarter Parteitages über die Endziele und Taktik werden im „Vorwärts" fortgesetzt. Wir verschonen unsere Leser damit, weil der Zweck der Uebung genügend klar ist. Die Streitfrage ist bekanntlich nur die, wieviel von den Endzielen verhüllt werden soll, damit der Bauernfang möglichst lohnend sei."

So ist also das erlösende, letzte Wort über die theoretischen und taktischen Differenzen innerhalb unserer Partei endlich gesagt worden! —

Der Abgeordnete Eugen Richter in Hagen ist zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, weil er seinen nationalliberalen Gegner bei der Reichstagswahl einen Denunzianten genannt hatte. —

Ueber die Stellung der Freisinnigen des Wahlkreises Barmen-Elberfeld entschied eine auf gestern Abend einberufene Vertrauensmänner-Versammlung. Nach einer erregten Debatte, in der die Barmer Vertreter der Partei für, die Elberfelder „Unentwegten" unter Anerkennung ihrer vollständigen Bedeutungslosigkeit gegen eine Wahlbetheiligung plädirten, wurde auf Antrag des Abg. Reinhard Schmidt-Elberfeld Wahlenthaltung beschlossen.

Das bedeutet die endgiltige Selbstaufgabe und Bankrotterklärung des Freisinns für die beiden Wuppertädte. Während hier die Freisinnigen bis Anfang der 80er Jahre eine dominirende Stellung einnahmen und in verschiedenen Legislaturperioden sich sowohl in Besitz des Reichstagsmandats, als auch mit Hilfe der Nationalliberalen in dem Besitz des Landtagsmandats befanden, während sie vor 5 Jahren bei der Reichstagswahl noch 5503 Stimmen, bei den Landtagswahlen noch 215 Wahlmänner aufbrachten, sind sie jetzt bereits dahin gekommen, daß sie, nachdem sie sich bei der Reichstagswahl als Sturmbock der Ordnungsparteien gegen die

Sozialdemokratie gebrauchen ließen und glänzendes Fiasko machten, jetzt den Kampfesmuth ganz verloren haben. Infolge „technischer Schwierigkeiten“ soll man von einer Betheiligung abgesehen haben, — das allein wäre schon ein Zeichen politischen Unvermögens, — man wird indeß nicht fehlgreifen, wenn man diesen Beschluß als einen Feigheitsakt der Freisinnigen gegenüber der Eventualität betrachtet, bei dem Zustandekommen einer Mehrheit mit den Sozialdemokraten einmal Farbe bekennen zu müssen. Damit ist ein neues Beispiel von der Rückgratlosigkeit und dem in der Freisinnspartei um sich greifenden Marasmus gegeben. Das Elberfelder Organ der Freisinnigen, die „Neuesten Nachrichten“, bedauern diesen Beschluß. Uns kann dieser Schritt nur recht sein, haben wir dann doch auch bei den Landtagswahlen Gelegenheit, direkt die Führung der Linken zu übernehmen. —

Aus Ostpreußen. Unter den hohen Fleischpreisen hat die Bevölkerung der Provinz Ostpreußen besonders schwer zu leiden. Bis vor einigen Jahren waren die Preise für Fleisch und andere Lebensmittel ganz erheblich niedriger, wie in den Städten des Westens. Selbst in Königsberg konnte noch von niedrigen Preisen gesprochen werden. Die Fleischpreise wurden in der letzteren Stadt schon deswegen nicht wesentlich höher, wie in der Provinz, weil die Nähe der See eine ausreichende Versorgung mit Fischen ermöglichte, was auf den Fleischpreis niederdrückend wirken mußte. Den billigen Lebensmittelpreisen entsprechend waren auch die Löhne viel niedriger wie in den Städten des Westens. Jetzt hat sich infolge der Grenzsperre eine gründliche Aenderung der Verhältnisse vollzogen. Als von allen Seiten Vieh ins Land eingeführt werden konnte, blieb ein erheblicher Theil des in Ostpreußen gezüchteten Viehes in der Provinz. Die Sperrung der Grenze hatte zur Folge, daß Händler das Vieh für Berlin und noch weiter westlich liegende Städte aufkauften. Jetzt ist Ostpreußen die Vorrathskammer für Vieh für den Westen geworden, während die Einwohner der Provinz schlimmer unter der Fleischnoth zu leiden haben, wie die Bewohner anderer Gegenden. Ganz rapid sind die Preise in die Höhe geschnellt. Der Landarbeiter, der früher für weniges Geld ein Pfund Fleisch wenigstens ab und zu noch einmal kaufen konnte, muß sich heute den Fleischgenuß vollständig versagen, wenn er nicht selbst ein Schwein geschlachtet hat. Von den Löhnen, die zwischen 100 und 250 M. schwanken, bleibt nichts übrig für theures Fleisch, da auch alle anderen Lebensmittel und viele Gebrauchsgegenstände im Preise gestiegen sind.

Die hohen Fleischpreise haben überall zu einem vermehrten Konsum von Fischen geführt. Heut kaufen den Ostseefischern sowohl als den Hochseefischern die Agenten Berliner Fischhändler sofort den Fang ab, wenn sie damit an Land kommen. Das ist den Fischern angenehmer und bequemer, als wenn sie selbst mit ihrer leicht verderblichen Waare nach Königsberg gehen müssen. Die Folge davon ist, daß auch die Fische heute einen so hohen Preis haben, daß ärmere Leute sich mit den minderwerthigsten Sorten begnügen müssen.

Mehr wie die Arbeiter im Westen leiden die ostpreußischen und besonders die Königsberger Arbeiter unter den hohen Preisen, weil die niedrigen Löhne wenig oder garnicht aufgebessert sind. Die letzten Jahre der Prosperität haben in den Industriegegenden wenigstens etwas zur Steigerung der Löhne beigetragen, in Ostpreußen, wo von einer Industrie erst ganz bescheidene Anfänge vorhanden sind, sind die Arbeiter leer ausgegangen. Schon jetzt ist die Lebenshaltung eine sehr schlechte. Wenn nicht bald eine Aenderung eintritt, indem die Grenze geöffnet wird, gehen die Arbeiter hier einer traurigen Zeit entgegen.

Hamburg, 12. Oktober. Die Bürgerschaft hat mit großer Mehrheit einen Ausschußantrag auf Einführung einer Umsatzsteuer für Konsumvereine abgelehnt. —

Kiel, 12. Oktober. (Eig. Ber.) Zur Zeit werden auf dem Panzer „Hagen“ große Umbauten vorgenommen. Dieses im Jahre 1893, also vor nur 5 Jahren, fertiggestellte Schiff, welches zumeist immer in der Werft gelegen hat, muß völlig neue Kessel erhalten, Kesselreparaturen, schon bald nach Indienststellung des Schiffes, sind schon immer die Hauptarbeiten auf dem „Hagen“ gewesen. Jetzt sind sie völlig unbrauchbar geworden.

Wenn in der Privatindustrie ein Kessel nicht mindestens zwanzig Jahre hält, wird der Verschleiß desselben als ein zu rascher angesehen, hier haben dieselben kaum fünf Jahre gehalten und wenn man die vielen Außerdienststellungen des „Hagen“ in betracht zieht, keine 2½ Jahre. —

Gera (Reuß j. L.), 11. Oktober. (Eig. Ber.) Die jetzt beendeten Landtagswahlen haben unserer Partei großartige Erfolge gebracht. Während wir bisher nur den 3. (städtischen) Wahlkreis im Besitz hatten, haben wir zu diesem gleich bei der Hauptwahl am 27. September auch noch den 4. (ländlichen) Wahlkreis erobert. Und die heutige Stichwahl hat auch noch den 1. städtischen Wahlkreis in unsere Hände gebracht. Genosse Fiedler siegte mit 517 Stimmen über seinen fortschrittlichen Gegner, der nur 430 Stimmen erhielt. Leider unterlag im 2. Wahlkreise unser Kandidat Genosse Böttger mit 504 Stimmen gegen 637, die auf seinen fortschrittlichen Gegner fielen. Fiedler wäre schon im ersten Wahlgange gewählt worden, wenn nicht 7 sozialdemokratische Stimmzettel auf unsere Kandidaten in anderen Wahlkreisen gelautet hätten. Unsere Stimmenzahl hat sich bedeutend erhöht, gegen die letzte Landtagswahl im Jahre 1895 stieg dieselbe in den drei städtischen Wahlkreisen von 1150 auf 1899, im 4. Wahlkreis von 678 auf 981, im 5. von 196 auf 222. Im 6. Wahlkreis haben wir leider einen Rückgang zu verzeichnen. Der außerordentlich starke Stimmenzuwachs in der Stadt und im 4. Wahlkreis, zu welch' letzterem die großen Vororte Unterhaus, Debschwitz, Zwötzen und Pforten gehören, berechtigt zu den besten Hoffnungen für die im nächsten Monat stattfindenden Gemeinderathswahlen.

Während bisher in unserem Landtag das wesentlichste in den einzelnen Kommissionen abgemacht wurde, dürften durch den Eintritt unserer Genossen Betterlein, Fiedler und Leven in den Landtag die Debatten im Plenum jedenfalls bedeutend regere werden, umsomehr, da diese drei, ohne Unterstützung anderer Abgeordneten selbständige Anträge stellen können. Die Eröffnung des Landtags findet schon am 23. d. M. statt.

Dem bisherigen fortschrittlichen Abgeordneten Justizrath Dr. Jäger, der dem Landtag seit dessen Bestehen, also seit 1848 ununterbrochen angehört hat, der aber infolge seines hohen Alters eine Wiederwahl abgelehnt, wurde vor einigen Tagen durch den seitherigen Präsidenten des Landtags eine künstlerisch ausgeführte Glückwunschadresse überreicht. —

Bückeburg, 13. Oktober. Der Reichstags-Abgeordnete für Schaumburg-Lippe, Albert Biesantz (frs. Vp.) ist heute Mittag hier gestorben. Biesantz wurde in der Stichwahl mit 4013 Stimmen gegen 3232 Stimmen, welche auf den konservativen Gegenkandidaten entfielen, gewählt. —

Aus Hessen, 12. Oktober. (Eig. Ber.) Eine den Landständen soeben zugegangene Regierungsvorlage beschäftigt sich mit der Aufbesserung der Gerichtsschreiberei-Gehilfen. Es ist ein Verdienst der sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten, die geradezu skandalösen Besoldungsverhältnisse dieser Proletarier der Feder gelegentlich der letzten Budgetberathung dem öffentlichen Urtheil unterbreitet zu haben. Die Maximalgehälter betrugen seither nach einer Regierungsverordnung vom Jahre 1891 für ungeprüfte Gehilfen im Alter von 17—19 Jahren 400 M., von 20 bis 24 Jahren 500 M., von 25—28 Jahren 700 M. und im Alter von 29 Jahre und darüber ganze 800 M.! Für geprüfte Gehilfen stieg die Gehaltsskala bis zu der schwindelnden Höhe von 1100 M. Ein in Mainz vorgekommener Fall, wo ein solcher Hungerlohn-Arbeiter die Akten eines Untersuchungsgefangenen unterschlug, um sich in den Besitz einiger Mark zu setzen, machte seinerzeit viel von sich reden; der Inhaftirte war infolge der Beiseitebringung der Akten einige Monate — vergessen worden. Die hessische Regierung sah sich durch diesen Vorfall veranlaßt, in das laufende Budget eine Erhöhung der Gehälter um Sätze von 50—150 M. einzustellen. Als aber von sozialdemokratischer Seite die völlige Unzulänglichkeit dieser Aufbesserungen dargethan und ein Antrag auf Einstellung weiterer 30 000 M. eingebracht wurde, wehrte sich die Regierung heftig. Einer ihrer Parteigänger in der zweiten Kammer bekämpfte den Antrag sogar mit der Motivirung, daß wenn man so glänzende Gehälter (750—1250 M.!) festsetze, „alle Welt Gerichtsschreiber-Gehilfe werden wolle“. Und jetzt kommt die Regierung selbst und fordert nachträglich 46 900 M., um die Gehälter auf 500 bis 1700 M. erhöhen zu können. Sie überbietet also den sozialdemokratischen Antrag noch um ein beträchtliches. Niemand ist darüber mehr erfreut als wir. Unsere Reden in der Kammer waren also nicht vergebens. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am 11. Oktober wurde in Kottbus der Grubenarbeiter Franz Klose aus Senftenberg wegen einer am 4. September d. J. begangenen Majestäts- und Beamtenbeleidigung zu 6 Monaten 2 Wochen Gefängniß verurtheilt.

In Breslau wurde von der Anklage der Majestätsbeleidigung, die auf grund der Denunziation seines Schwagers, des Uhrmachers Schönfelder, erhoben worden war, der Maurer Carl Jenke von Breslau freigesprochen. —

Oesterreich.

Der unnütze Reichsrath. Aus Prag wird berichtet: Anläßlich der Ergänzungswahl eines Reichsraths-Abgeordneten für die Piseker Landgemeinde an stelle des verstorbenen Dr. Vasaty haben die Behörden den Gemeinden des Wahlbezirks Druckschriften zukommen lassen mit Instruktionen, wie die Wahlen der Wahlmänner vorzunehmen sind. Zwei dieser Gemeinden, eine aus dem Strakonitzer und eine aus dem Horazdiowitzer Bezirke, sandten die Druckschriften zurück mit einem Begleitschreiben des Inhalts, „daß sie die Wahl der Wahlmänner nicht vornehmen würden, weil das ganze Wählen in den Reichsrath keinen Zweck habe.“ Ganz unrecht haben die beiden Gemeinden nicht. —

Schweiz.

Bern, 12. Oktober. (Eig. Ber.) Am 24. Oktober tritt die Bundesversammlung hier zur Herbstsession zusammen. Das Geschäftsverzeichniß enthält zwanzig Nummern, worunter Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern, Militärversicherung, Kranken- und Unfallversicherung, Vorlage betr. Verbot der Phosphorzündhölzchen, Arbeitszeit bei den Eisenbahnen und die seit Jahren auf der Tagesordnung stehenden Renommir-Postulate betreffend Lohnzahlung, Freigabe des Sonnabend-Nachmittags und internationalen Arbeiterschutz. Endlich erledigt werden dürfte diesmal die nun 13 Jahre lang diskutirte Kranken- und Unfallversicherung.

Der Anarchismus beschäftigt noch immer in hervorragendem Maße die Behörden, da Verhaftungen und Ausweisungen fortdauern. Unter den Ausgewiesenen befinden sich auch die beiden italienischen Polizeispitzel Raphael Santoro, geboren 1857 zu Ceresano und der angebliche „Journalist“ Mantiar. Der letztere befindet sich aber zur Zeit noch in Genf in Untersuchungshaft und wird daher der Ausweisungsbeschluß nach Erledigung dieser Angelegenheit ausgeführt werden. Derselbe soll an ein italienisches Blatt den Inhalt eines angeblich an Luccheni ins Gefängniß gelangten anonymen Briefes, der gemeine Schmähungen der Kaiserin von Oesterreich enthielt, telegraphirt haben. In Bière bei Lausanne wurde ein italienischer Anarchist, namens Manti, verhaftet, der das Genfer Attentat verherrlichte und mehrere Dorfbewohner thätlich bedrohte. Bei den summarischen Ausweisungen, die sich jetzt schon auf zirka 60 Personen erstrecken, kommen schwere Fehler vor. So ist einer der Ausgewiesenen nie in der Schweiz gewesen, ein anderer war seit 1½ Jahren nicht mehr da, ein dritter ist schon ebensolange todt, und andere sind Sozialisten, die energisch die Anarchisten bekämpfen; endlich protestirt der „Basler Vorwärts“ gegen die Verhaftung zweier Vorstandsmitglieder des italienischen Maurer-Fachvereins, die nie etwas mit dem Anarchismus zu thun hatten. Artet somit die Verfolgung zu einer Epidemie aus, so anderseits auch die „anarchistische Individualaktion“. In Neuenburg wurden am letzten Sonnabend anarchistische Plakate angeklebt, die sich besonders gegen den dortigen Ministerpräsidenten Amiesse richteten. Und nun wurden als Verfasser und Verbreiter zwei junge Burschen entdeckt, die durchaus nicht Anarchisten sind, sondern nur einen Ulk mit dem Publikum treiben wollten. Sie sollen aber nichtsdestoweniger angeklagt werden. Man wird nervös in der Schweiz! —

Prozeß Luccheni. Aus Genf wird gemeldet: Das hiesige Schwurgericht wird am 3. November mit der Verhandlung des Prozesses Luccheni beginnen. Die Zeugen, auch die in Wien wohnenden, wurden für den 3. November, vormittags 9 Uhr, vorgeladen. —

Frankreich.

Paris, 12. Oktober. (Eig. Ber.) Die Veröffentlichung und der Inhalt des englischen Blaubuches über Faschoda werden hier allgemein mit Unzufriedenheit aufgenommen. Ich sehe natürlich ganz ab von der gewerbsmäßig chauvinistischen Presse, zu deren Handwerk von jeher die Hatz gegen England gehört. Aber auch die ernst zu nehmenden Organe führen eine erregtere Sprache als früher. Sie finden das Vorgehen der englischen Diplomatie inkorrekt, auf eine Brüskirung der Dinge oder gar auf die Einschüchterung Frankreichs berechnet. Die vorherrschende Stimmung wird wohl vom sozialistischen Abgeordneten Millerand in seinem Blatte „Lanterne“ charakterisirt. Nachdem er mit den bekannten national-französischen Argumenten die völkerrechtliche Ungiltigkeit der englischen Ansprüche auf die Oberherrschaft im Nilthal überhaupt zurückgewiesen, schreibt Millerand über die Faschoda-Frage: „Es ist folglich ganz unnütz und ein wenig lächerlich, wenn unsere vortrefflichen Nachbarn große Augen machen in der kindischen Hoffnung, uns Furcht einzujagen. Der Kniff ist abgebraucht, durchschaut. Die Haltung Delcassé's (des französischen Ministers des Aeußern) bildet glücklicherweise einen Kontrast zu derjenigen seines englischen Widerparts. Er hat sich damit begnügt, Rodomontaden Gründe entgegenzusetzen und mit Festigkeit, aber ohne Lärm, die Rechte Frankreichs zu vertheidigen. Für die erfolgreiche Erfüllung seiner Aufgabe ist ihm die Unterstützung aller Parteien sicher.“

Auf dem Gegenpol des Chauvinismus steht unter den bisher vorliegenden Aeußerungen der Presse einzig der „Siècle“. Dessen Chefredakteur Yves Guyot erklärt gerade heraus, Frankreich habe gar kein Interesse, dem englischen Plan auf Verbindung Kaplands mit Egypten entgegenzutreten. Dieser Plan sei „ein Werk des Fortschritts und der Zivilisation“. Der Versuch, ihn zu verhindern, „könnte Frankreich nur zu materiellen und moralischen Katastrophen führen“ . . . Bedenkt man das besonders schmerzliche Fiasko der französischen Kolonialpolitik namentlich im Sudan, auf dessen Erweiterung ja die Faschoda-Expedition abzielt, so muß man schon deshalb Yves Guyot's Standpunkt für den einzig vernünftigen halten. Aber freilich ist Yves Guyot ganz einflußlos — — insbesondere in „patriotischen“ Fragen, seitdem er für Dreyfus kämpft.

Immerhin scheint die Regierung, soweit sich aus den diplomatisch verklausulirten Artikeln des offiziösen „Temps“ ersehen läßt, nicht weniger als geneigt zu sein, die Dinge zuzuspitzen. Man weiß eben im auswärtigen Amte genau die Gefahr eines englisch-französischen Konflikts für Frankreich nicht minder wie für den Weltfrieden zu schätzen. Nun aber wäre es von nöthen, daß die englischen Jingo's nicht, wie bisher, die französische Empfindlichkeit durch das Pochen auf die englische Uebermacht auf's gröblichste verletzen. Dadurch werden die versöhnlichen Absichten der französischen Diplomatie sehr erschwert. —

Paris, 13. Oktober. Graf Murawiew wird, wie man hier allgemein wissen will, demnächst nach Paris kommen, um mit dem französischen Minister des Auswärtigen Delcassé über die internationale politische Lage zu konferiren, besonders über die Abrüstungs-Konferenz und über die franko-russischen Interessen in China. —

Paris, 13. Oktober. Clémenceau fordert den Berichterstatter in der Revisionsfrage, Kassationsgerichtsrath Bard, auf, auch in die Akten des Prozesses Esterhazy Einblick zu thun; er werde darin zwei Briefe des Majors Pauffin St. Morel, des Adjutanten Boisdeffre's, an Esterhazy finden, sowie eine Abschrift des Briefes Esterhazy an Boisdeffre selbst, welcher anläßlich der Expertise an Frau Boulancy geschrieben wurde. In letzterem Briefe heißt es: „Sind Sie Ihrer Experten absolut sicher? Wenn ja, dann verlasse ich mich vollständig auf Sie, anderenfalls werden wir bezüglich des Bordereau's erklären, daß man meine Schrift durchgepaust hat.“ Wenige Tage später ließ Boisdeffre amtlich erklären, daß er Esterhazy niemals gekannt habe und demselben niemals irgend welche Mittheilungen habe machen lassen.

Dem „Matin“ zufolge sei es entschieden, daß die Anklage wegen Fälschung gegen Picquart fallen gelassen und nur die wegen Gebrauchs eines gefälschten Papieres aufrechterhalten werden würde.

Mehrere Blätter wollen wissen, daß Zola am nächsten Sonntag nach Paris zurückkehren werde. —

England.

Zur Faschoda-Frage hat sich Lord Rosebery am Mittwoch in Egham ausgesprochen. Er führte aus: Er weiche nicht von der Erklärung ab, die Grey im Jahre 1895 abgegeben, als er — Redner — Premierminister war. Bei der Frage kämen Erwägungen von größter Tragweite in betracht, am schwersten wiege, daß Frankreich mit Vorbedacht einen Akt begangen habe, von dem England vorher erklärt hatte, daß es ihn als einen unfreundlichen ansehen werde. Hinter der Politik der jetzigen Regierung stehe die ganze Nation; diese Politik sei von der vorigen Regierung gebilligt und von der jetzigen Regierung ausgeführt. Eine Regierung, welche von dieser Politik abweichen wollte, würde nicht eine Woche überdauern. Salisbury habe nur nöthig, bei der im Blaubuche dargelegten Haltung zu verharren und die Nation würde jedes Opfer bringen, um Salisbury's Vorgehen zu unterstützen. Ein günstiges Zeichen sei es gewesen, daß Delcassé die Frage in versöhnlichem Sinne behandelt und den nichtoffiziellen Charakter der Mission Marchand's als thatsächlich hingestellt habe, wodurch das Hissen der französischen Flagge seine ernste Bedeutung verlor. Lord Rosebery sprach schließlich die Hoffnung aus, der Zwischenfall werde friedlich beigelegt werden, ohne daß jedoch dabei die Rechte Englands auf Egypten gefährdet werden dürften.

Aus London wird ferner zu dieser Angelegenheit gemeldet: Die englische Regierung soll Frankreich den Vorschlag gemacht haben, Marchand zum französischen Konsul im Sudan zu ernennen, um auf diese Weise die französischen Handelsinteressen zu schützen. —

Spanien.

Madrid, 13. Oktober. Für „unumgänglich nothwendige Vertheidigungszwecke“ wird der Kriegsminister einen Kredit von 35 Millionen Pesetas fordern. —

Türkei.

Konstantinopel, 12. Oktober. Die Pforte erklärt in ihrer vorgestrigen Antwort auf das Ultimatum der vier Mächte, daß sie den Befehl zur Zurückziehung der türkischen Truppen aus Kreta bis auf jene Abtheilungen, welche sie in den befestigten Plätzen zum Zeichen der Souveränetät des Sultans belassen zu sehen wünscht, gegeben habe. Die Botschafter betrachten die nicht ganz klare Antwort der Pforte als prinzipielle Annahme, haben jedoch in bezug hierauf noch keine Erklärung abgegeben, da sie von ihren Regierungen noch keine Instruktionen erhalten haben. —

Serbien.

Belgrad, 13. Oktober. Die serbische Regierung hat die Einladung Italiens zur Theilnahme an der Anarchistenkonferenz zustimmend beantwortet. — Die Pforte bot der serbischen Bevölkerung von Kumanowo die Hälfte des dortigen Kirchengutes sowie einen Geldbetrag zur Erbauung einer neuen Kirche an. Die Serben beharren jedoch auf Wiederherstellung der alten Ordnung, wonach ein wechselseitiger Gottesdienst für Serben und Bulgaren abgehalten werden soll. —

Afrika.

St. Louis (Senegambien), 13. Oktober. Der Häuptling Samory ist mit seiner ganzen Familie und allen Häuptlingen seines Stammes in die Gefangenschaft des Kapitäns Gourand gerathen. Samory selbst wurde von dem Lieutenant Jacquin auf der Flucht ergriffen. Es wurden außerdem 400 Gewehre, 90 Kisten mit Patronen und eine Kanone erbeutet. Durch diesen Sieg ist der Zweck der Operationen erfüllt und die Stellung der Franzosen am oberen Niger eine gesicherte. —

Neue Telegraphenleitungen. Unter Mr. R. D. Mohun wird jetzt eine Expedition ausgerüstet und ist beinahe schon aktionsbereit, die dem dunklen Welttheil nun ebenfalls mit Telegraphenleitungen zu Leibe gehen will. Die bezügliche Gesellschaft hat ein Abkommen mit dem Kongostaate getroffen, eine Verbindung zwischen dem Tanganyika und Stanley Falls am oberen Kongo herzustellen. Die Expedition wird von Bombay nach Sansibar oder Mombassa gehen, doch ist der thatsächliche Ausgangspunkt noch nicht bekannt. Die Linie soll in zwei Jahren fertig sein. Innerhalb dieser Periode soll es aber auch Mr. W. H. Cavendish gelingen, durch das nördliche Gebiet der Chartered Company bis zum Tanganyika vorzudringen, so daß man dann von Kapstadt nach Stanley Pool sprechen kann. Wie wir von einem Vertreter der African Transcontinental Company hörten, hofft man, bereits in 12 Monaten vom jetzigen Endpunkt am Rhassa-See zum Südwestende des Tanganyika zu gelangen. Von Norden hat der Sirdar die Verbindung mit Kartum hergestellt und wird sie unverzüglich über Faschoda bis an die Grenze des egyptischen Sudan weiterführen lassen. Die noch übrige Zwischenstrecke ist allerdings recht schlimm, wie Major Marchand am besten berichten könnte, aber man sieht doch, wie das Riesenwerk des Kapstadt-Kairo-Kabels seinem Ende zuschreitet.

Marrokkanisches. In Tanger verlautet, daß in Tafile ernste Unruhen stattgefunden hätten. Eine große Streitmacht unter Führung des Onkels des Sultans hätte sich des Staatsschatzes zu bemächtigen versucht. —

Amerika.

New-York, 12. Oktober. Die Ankunft einer Anzahl von Negern in Virden (Illinois) zum Ersatze von ausständigen Bergarbeitern gab den Anlaß zu einem Kampfe zwischen 1500 Ausständigen und den Beamten des Sheriffs, die unterstützt wurden durch die Polizei der Chicago-Alton-Eisenbahn. Diese besetzten die Umfriedigungen der Minen und feuerten auf die Ausständigen, um die Neger zu beschützen. Etwa 500 Schüsse wurden gewechselt. Zehn Personen wurden getödtet und fünf tödtlich und ebensoviel schwer verwundet. — Nach einem Telegramm aus Chicago haben die dortigen Eisenbahnbeamten einen Bericht erhalten, wonach 50 Bergleute, 6 Beamte und ein Polizist getödtet wurden. Der Sheriff telephonirte nach Springfield, daß über 100 Personen getödtet seien, doch scheint diese Zahl übertrieben zu sein. — Der Gouverneur befahl, daß Miliztruppen nach Virden abgehen. —

Nach den letzten hier aus Virden (Illinois) eingegangenen Berichten blieben in dem Kampfe zwischen den ausständigen Bergarbeitern und den durch die Polizei der Chicago-Alton-Eisenbahn unterstützten Beamten des Sheriffs 8 Mann todt. Etwa 30 Personen wurden verwundet.

Buenos-Ayres, 12. Oktober. Präsident Roca leistete heute den Eid. In einer Botschaft an den Kongreß wird das Nachlassen der Spannung in den Beziehungen zu Chile hervorgehoben und alsdann versichert, der Frieden werde gestatten, daß das Land seine ganzen Kräfte zur Wiederaufrichtung der Finanzen anwende. In Aussicht gestellt werden administrative Reformen, eine Verminderung des Budgets, Vorlagen zur Erleichterung der Einwanderung sowie zur Entwickelung von Handel und Industrie. —

Partei-Nachrichten.

Internationale Solidarität. Den in Stuttgart auf dem Parteitag vereinigten Genossen ist von dem sozialistischen Propaganda-Ausschuß in Marseille (Frankreich) ein Telegramm zur Beglückwünschung über die gefaßten Beschlüsse zugegangen. Das

von Genosse Coulet gezeichnete Telegramm war an die Privatadresse Liebknecht's gerichtet, und traf infolge dessen in Stuttgart zu spät ein, um noch verlesen werden zu können.

Herzlichen Dank den französischen Genossen! —

Die Arbeiten an dem Denkmal, das die Sozialdemokratie Nürnbergs dem unvergeßlichen Vorkämpfer Grillenberger auf dem dortigen Zentralfriedhofe setzen wird, sind soweit gediehen, daß es am 23. Oktober, dem Sonntag nach dem Todestage Grillenberger's, enthüllt werden kann. Die Büste wurde von Professor Schwabe in Nürnberg modellirt. Der Guß der Büste sowie der Urne ist in der Lenz'schen Erzgießerei in Nürnberg erfolgt.

Der Sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M. beschloß Betheiligung an der Landtagswahl, und zwar empfahl er den Parteigenossen, schon im ersten Wahlgange für die Freisinnigen und Demokraten zu stimmen. Maßgebend für diesen Beschluß ist der Umstand gewesen, daß nachdem in Frankfurt a. M. die Beschlußfassung über die Frage hinausgeschoben worden war, weil viele Parteigenossen gewünscht hatten, es möge erst der Stuttgarter Parteitag abgewartet werden, nun bis zur Wahl die Zeit zu kurz erscheint, um eine Bewegung zu gunsten der Wahl von eigenen Wahlmännern entfachen zu können. In Frankfurt a. M. richtet sich der Kampf gegen die Nationalliberalen.

In Mannheim erörterte der Sozialdemokratische Verein die Frage der Betheiligung an den Wahlen zum Kreistage. Nach eingehender Diskussion über das bezügliche Referat Dreesbach's beschloß man, von der Betheiligung abzusehen.

Der diesjährige Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie wird in der Zeit vom 29. und 30. Oktober in Basel abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt 14 Punkte, darunter folgende: Revision der Parteistatuten. Referent: Fürsprech A. Steck, Bern. — Stellungnahme zur Volksabstimmung über die Rechtseinheit. Referent: Stadtschreiber H. Wyß, Zürich. — Revision des Fabrikgesetzes. Antrag der Geschäftsleitung: Die sozialdemokratische Partei betheiligt sich an der vom Grütliverein veranstalteten Enquete über die Revision des Fabrikgesetzes. — Politische Polizei. Antrag der Geschäftsleitung: Zustimmung zu der Eingabe des Parteikomitees an die Bundesversammlung betreffend Abschaffung der politischen Polizei und zur Resolution der Versammlung der äußersten Linken in Luzern. — Stellung gegen das geplante Gesetz betreffend den Bezug der Militärpflicht-Ersatzsteuer. Referent: Nationalrath Wullschleger, Basel.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Vom Schöffengericht in Ragnit in Ostpreußen wurde der Parteigenosse Hofer zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er bei einem Erntefeste, das er am 1. Mai auf seinem Gute veranstaltete, in einer Ansprache an seine Arbeiter auf die Bedeutung des 1. Mai als des Festtages der Arbeiterwelt hingewiesen hat, wodurch dem Feste, das sonst den Rahmen einer privaten Veranstaltung erweislich nicht überschritt, der Charakter einer politischen Versammlung gegeben worden sein soll, die der polizeilichen Anmeldung bedurft hätte. Das Ragniter Gericht hat sich nur gezwungenerweise mit diesem überflüssigen Prozeß befaßt; es hatte erst die Einleitung des Verfahrens abgelehnt, welcher Entscheid vom Staatsanwalt angefochten wurde, worauf das Landgericht in Tilsit die Fortführung des Prozesses anordnete.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Anreizung zum Streik.

Im Buchdruckergewerbe wird gegenwärtig eine lebhafte Agitation zur weiteren Einführung des Tarifs betrieben. Dabei tritt die in Deutschland höchst seltene Erscheinung zu tage, daß Unternehmer und Gehilfen gleichmäßig bemüht sind, die Gehilfen gegen diejenigen Prinzipale zum Streik aufzufordern, welche die bisher von einem großen Theil der Unternehmer und Gehilfen getroffene Vereinbarung nicht innehalten. Unstreitig bestehen auch in anderen Berufen ähnliche Verhältnisse wie im Buchdruckgewerbe. Ob Tarifvereinbarungen abgeschlossen sind oder nicht, immer giebt es unsolide Firmen, die ihre Arbeiter unter dem allgemein üblichen Preis entlohnen, und so eine Schundkonkurrenz großziehen, was weder im Interesse der Unternehmer noch der Arbeiter liegt. Vielfach sind die Gewerkschaften durch partielle Streiks gegen die schlechte Bezahlung in solchen Betrieben vorgegangen, um dort die Löhne auf das Niveau der Bezahlung in den übrigen Geschäften zu bringen. Wir haben aber dabei fast immer die Erfahrung gemacht, daß bei solchen Streiks das gesammte Unternehmerthum gegen die Arbeiter auftrat. Sofort stellten sich unter den Unternehmern die Krakehler, die sonst über die Schundkonkurrenz nicht genug schelten konnten, auf die Seite ihrer bedrängten Berufsgenossen und aller Unfriede im eigenen Lager war vergessen, wenn es galt, gegen die Arbeiter Front zu machen. Die Buchdruckereibesitzer, soweit sie den Tarif anerkannt haben, machen hier eine rühmliche Ausnahme. Wir haben bereits vor einigen Tagen den Aufruf der Prinzipale im Tarifamt abgedruckt, der eine Kriegserklärung gegen die außerhalb des Tarifes stehenden Prinzipale bedeutet, eine Aufforderung zum Streik enthält.

Sollte die Anreizung zum Streik strafbar werden, was nach der Oetzhauser Rede des Kaisers bevorstehen soll, dann ist hier eine Anzahl Prinzipale für das Zuchthaus reif. Es zeigt sich also, daß derartige Bestimmungen zu einer recht zweischneidigen Waffe werden können. Sicher ist, und das haben wir bereits angedeutet, daß diejenigen Prinzipale, welche ein solches Vertragsverhältniß hinsichtlich der Arbeitsbedingungen hochhalten wollen, mit dieser Aufforderung zur allgemeinen Einführung des Tarifs beziehentlich zum Streik auch im eigenen Interesse handeln. Es würde aber von äußerster Kurzsichtigkeit zeugen, wollte man nicht gleichfalls zugeben, daß unter den gegebenen Umständen auch die Gehilfen von der eingeleiteten Aktion Vortheil haben.

Wir finden in der letzten Nummer des „Correspondent" auch von seiten der Gehilfenmitglieder des Tarifamts und Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker eine gleiche Aufforderung an die Gehilfen in den Buchdruckereien, die außerhalb der Tarifvereinbarung stehen. In betracht kommen folgende Beschlüsse:

1. Das Tarifamt wird angewiesen, strengste Anweisung an die Arbeitsnachweise ergehen zu lassen, nur solche Gehilfen in ihre Listen aufzunehmen, welche nachweislich aus Druckereien kommen, die vom Tarifamt als tariftreu veröffentlicht sind.
2. Solche Gehilfen, welche bei Konflikten wegen Ein- oder Durchführung des Tarifes in den betreffenden Druckereien, solange der Konflikt vom Tarifamte nicht als beendet erklärt wird, in Arbeit treten, dürfen auf die Dauer von mindestens einem Jahr in die Listen der Arbeitsnachweise behufs Arbeitsvermittelung nicht aufgenommen werden."

Es heißt dann weiter: „Wir fordern deshalb noch einmal die rückständigen Kollegen an allen Orten Deutschlands auf, am Sonnabend, den 22. Oktober bei ihren Prinzipalen auf Einführung des Tarifes vorstellig zu werden, und bestrebt zu sein, dies Ziel mit allen gesetzmäßigen Mitteln zu erreichen. Alle die Gehilfen, welche diese Anfrage am genannten Tage an ihren Prinzipal stellen, wollen von dem ihnen gewordenen Bescheide den zuständigen Gehilfen-Kreisvertreter umgehend benachrichtigen, damit es den Tarifbehörden möglich ist, vor jeder Kündigung noch einmal zu vermitteln. Diejenigen Gehilfen aber, die ihre Arbeitsstätten zwecks Tarifeinführung verlassen müssen, wollen ihre genaue Adresse unter Angabe ihrer Beschäftigung (ob Setzer, Maschinenmeister u. s. w.) den Kreisvertretern zugehen lassen, damit diese die Unterbringung der Gemaßregelten durch die Arbeitsnachweise bewirken können. Die für den Tarif arbeitslos Gewordenen werden an erster Stelle untergebracht."

Hinter diesem Aufruf steht natürlich der Verband der deutschen Buchdrucker, der thatkräftig für seine gemaßregelten Mitglieder eintreten wird.

Einen Ueberblick der tariflichen Verhältnisse giebt uns folgende Zusammenstellung. Der Tarif war anerkannt:

	1886	von	1083	Firmen	in 827	Orten
	1890	„	1017	„	„ 247	„
November	1896	„	895	„	„ 265	„
Mai	1897	„	1631	„	„ 469	„
Januar	1898	„	1901	„	„ 588	„
Mai	1898	„	2030	„	„ 647	„
September	1898	„	2100	„	„ 665	„

Die von diesen tariftreuen Firmen beschäftigten Gehilfen werden in der nachweislichen Zahl von rund 23 000 angegeben, wobei zu berücksichtigen ist, daß viele Hunderte der oben angegebenen Firmen leider die Angabe der Zahl der von ihnen beschäftigten Gehilfen unterlassen haben; man geht aber mit der Schätzung nicht fehl, daß mindestens 30 000 Gehilfen zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten.

Hoffen wir, daß der Kampf, den die Organisation der Buchdrucker aufgenommen hat, zum Nutzen für die Gesammtheit ausschlagen möge.

Unüberlegte Streiks.

Der Beschluß der Hamburger Zahlstelle des Brauereiarbeiter-Verbandes, in Zukunft nur solche Streiks zu unterstützen, die nach den Vorschriften des Streikreglements beschlossen sind, wird in der bürgerlichen Presse vielfach erörtert. Endlich breche sich nun auch in Arbeiterkreisen die Erkenntniß Bahn, daß der Ausstand eine sehr zweischneidige Waffe sei. Wir möchten demgegenüber darauf hinweisen, daß diese Erkenntniß bei organisirten Arbeitern längst zum Durchbruch gekommen ist, und daß die meisten Organisationen sich bereits sogenannte „Streikreglements" geschaffen haben. In denselben ist vorgeschrieben, daß zunächst alle anderen gangbaren Wege zu beschreiten sind, ehe in den Streik eingetreten werden darf. — Weiter sind die Arbeiter bestrebt, bei Lohnbewegungen immer mehr den Schwerpunkt aus den öffentlichen Versammlungen in die der Verbände zu verlegen, um unüberlegte Beschlüsse zu vermeiden. Man gebe also nur den Organisationen der Arbeiter freie Bahn, unterlasse es endlich, sie durch chikanöse Maßnahmen in ihrer Entwickelung zu hindern, sie sind das wirksamste Mittel gegen „unüberlegte Streiks". Wenn mit einer gewissen Genugthuung von den Gegnern auf die Bemerkung hingewiesen wird, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, so vergißt man ganz, daß dieses Wort seit Jahren in der sozialistischen Presse gebraucht wird, daß es z. B. unzähligemal im „Vorwärts" angewandt wurde, daß es sich schon in den Referaten von Grillenberger und Kloß über das Koalitionsrecht auf dem Parteitag von 1890 findet. —

§ 153 und die Unternehmer.

Vor dem Amtsgericht I zu München stand der königlich bayerische Ofenfabrikant Joseph Strecker. Der Thatbestand ist folgender: Der Ofenfabrikant Hausleitner war Mitglied des Hafnermeister-Ringes, trat aber alsbald aus demselben aus und bewilligte die Forderungen der Gehilfen. Aus Aerger darüber sandte der Angeklagte an Hausleitner einen Brief, worin er die Handlungsweise des Hausleitner's als jeder Beschreibung spottend hinstellte. In dem Briefe war weiter gesagt, daß Hausleitner bereits vor sechs Jahren sein Wort gebrochen habe, daher sein jetziges Verhalten noch viel schmutziger sei, durch diese Judasthat schädige er nicht nur das ehrsame Handwerk (!), sondern beschmutze auch die Gehilfen (Streikbrecher??). Der Brief schließt: Pfui der Schande, ich würde Ihnen rathen, von Ihrem krankhaften Zustande abzukommen und sich wieder der Innung anzuschließen. In der nun durchgeführten Hauptverhandlung bestritt Strecker, daß er mit seinem Schreiben habe einen Druck auf Hausleitner ausüben wollen, denn es sei ihm nicht darum zu thun gewesen, den Hausleitner wieder bei der Innung der Hafner zu haben, sondern er habe beabsichtigt, den Hausleitner in solch' schwerer Weise zu beleidigen, daß dieser ihn wegen Beleidigung belangen sollte, damit ihm (Strecker) Gelegenheit gegeben würde, vor der Oeffentlichkeit das Verhalten Hausleitner's bloßzulegen und zu beweisen, daß dieser wortbrüchig wurde; zudem sei der Brief nach seinem Diktat von seinem Buchhalter geschrieben worden. Der Rechtsbeistand des Angeklagten plädirte auf Freisprechung, da es sich hier nicht um Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen handelte, sondern lediglich event. Privatbeleidigung vorläge. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an und sprach den k. b. Hoflieferanten von einem Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei!

Wie viel Monate Gefängniß würde wohl ein streikender Arbeiter erhalten haben, wenn er einem Arbeitswilligen mit diesen Kosenamen belegt hätte? Ja! „Wenn zwei dasselbe thun, . . ." —

Ein unberechtigter Vorwurf.

Die „Voss. Ztg." erhebt den Vorwurf, die sozialdemokratische Parteileitung und Presse habe nicht das Erforderliche gethan, Aufklärung über das Wesen des Koalitionsrechts und seine Schranken zu verbreiten. In einem großen Theil der Arbeiterschaft, so meint die Vossin, spiegele sich das Bild des Koalitionsrechts in folgender Weise:

„Wir haben das Recht, darüber zu beschließen, ob eine Arbeitseinstellung stattfinden soll oder nicht. Ist ein solcher Beschluß gefaßt, so muß sich die Minderheit der Mehrheit fügen, denn welchen Werth hätten gefaßte Beschlüsse, wenn sie nicht durchgeführt werden? Wer arbeitet, wo die Arbeitseinstellung beschlossen worden ist, wandelt auf unrechtem Wege. Er ist ein Streikbrecher und er muß unter allen Umständen gehindert werden, seine Absichten durchzuführen."

Der Vorwurf der „Vossischen Zeitung" ist durchaus unberechtigt. Fast ausschließlich von sozialdemokratischer Seite sind die Bemühungen ausgegangen, die Arbeiter über ihr Koalitionsrecht zu belehren. Wer hätte denn sonst sich dieser Mühewaltung unterzogen? Etwa die Regierung? Etwa die Juristen und Geheimräthe? Oder etwa gar die liberale Presse?

Mit der Aufklärung über das Koalitionsrecht ist aber zugleich Aufklärung über die Grenzen dieses Rechts gegeben worden. Diese Aufklärung mußte schon deshalb gegeben werden, weil es nöthig war, die Arbeiter vor den harten Strafen, die bei der geringsten Ueberschreitung ihres Rechtes über sie verhängt wurden, zu bewahren.

Es ist daher nur die bei der liberalen Presse übliche Unkenntniß der Arbeiterverhältnisse und der Denkweise der Arbeiter, wenn sie denselben unterstellt, sie seien der Meinung, ein Streikbrecher müsse „unter allen Umständen" gehindert werden, seine Absichten durchzusetzen. Thatsächlich sind es fast ausschließlich die Mittel der kollegialen Ueberredung oder des Appells an die Ehre und die Interessen-Solidarität, mit denen die streikenden Arbeiter gegenüber Streikbrechern wirken. Und wo Ausschreitungen vorkommen, wo es den Anschein gewinnt, als suche man „unter allen Umständen" die Streikbrecher von der Arbeit fernzuhalten, da ist dies Verhalten noch fast jedesmal durch die Vergewaltigungen und Rechtsverletzungen verursacht worden, mit denen das Unternehmerthum und seine Helfershelfer die Benutzung des Koalitions- und Streikrechts den Arbeitern unmöglich zu machen versuchten.

Es ist recht charakteristisch für den kapitalistischen Geist des liberalen Organs, daß es durch Verleumdungen der Arbeiterwelt der brutalen Reaktion Dienste zu leisten bereit ist.

Protestversammlungen

gegen die drohende Verschlechterung des Koalitionsrechts sind ferner abgehalten worden in Werdau i. S., Osterwieck am Harz, Elberfeld und Barmen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige Sitzung weist im Saale und auf der Zuhörertribüne einen sehr zahlreichen Besuch auf.

In den Ausschuß für den Antrag Friedemann wegen Errichtung einer zweiten städtischen höheren Mädchenschule im Westen sind u. a. Stadtvv. Borgmann und Singer delegirt.

In Sachen des Vermächtnisses des Professors Baron zur Gründung eines städtischen vegetarischen Kinderheims sind an die Versammlung eine Reihe von Zuschriften eingelangt, die theils für, theils gegen die Annahme Stellung nehmen. Es befindet sich darunter auch die schon bekannte Offerte des Rentiers Securius in Wiesbaden, die Anstalt in Schlachtensee mit der fraglichen Stiftung in organische Verbindung zu setzen.

Zur Verhandlung steht zunächst die Zuschrift des Magistrats, wodurch unter Bezugnahme auf den bekannten Erlaß des Kultusministers Bosse der Versammlung eröffnet wird, daß der Magistrat die Wahl des Stadtv. Singer in die Schuldeputation nicht bestätigen kann und um die Vornahme einer anderweiten Wahl ersucht.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern ist Ausschußberathung beantragt.

Stadtv. Bogtherr: Wir sind auf dem Gebiete der Selbstverwaltung in letzter Zeit nicht verwöhnt worden durch allzu großes Entgegenkommen derjenigen Behörden, welche als Vertreter der Verfassung und Gesetze auch die durch Gesetz und Verfassung gewährleisteten Rechte zu schützen berufen sind. In letzter Zeit hat aber kaum ein Ereigniß mehr Aufsehen erregt, als die Verfügung des Kultusministers (Unruhe), welche auf dem speziellen Gebiet der Schulverwaltung ein Novum einführen will, gegen das die gesammte Bevölkerung Berlins nicht nur, sondern auch weitere Kreise zu protestiren allen Anlaß haben. Es handelt sich nicht lediglich darum, ob es recht- und gesetzmäßig ist, ein bestimmtes Amt in der Schulverwaltung einer bestimmten Person deshalb nicht zu übertragen, weil den Behörden ihre politische Gesinnung nicht gefällt, sondern vielmehr um ein hervorragendes Recht der Selbstverwaltung, um ein Recht der Bürger und Steuerzahler, die gleichmäßig zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden, gegen die aber durch jene Verfügung ein Ausnahmerecht und Ausnahmegesetz konstruirt wird. Es handelt sich aber auch um einen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung, verbunden mit einer Art behördlicher Vormundschaft, wie sich dieselbe keine kommunale Vertretung, am allerwenigsten diejenige Berlins, gefallen lassen kann. Es liegt ein Akt der Ausnahmegesetzgebung vor, die man vielleicht auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung schmerzlich vermißt, die man in der Landesgesetzgebung vorläufig nicht im stande war, in legitime Formen zu bringen, die man nunmehr sich anschickt, auf dem Umwege von Ministerreskripten wenigstens in die Selbstverwaltung der Kommune einzuschmuggeln. Vom Minister ist nicht einmal der Versuch einer Begründung eines so folgenschweren Schrittes gemacht worden, nicht einmal der Versuch, den Mangel der Qualifikation der Betreffenden nachzuweisen. Wir haben s. Z. Ihnen in Herrn Singer einen Mann präsentirt, den wir für den begabtesten, erfahrensten, tüchtigsten hielten (Vereinzeltes Oho!) und Sie haben durch die widerspruchslose Akklamationswahl bewiesen, daß Sie unsern Vorschlag für richtig und gut gehalten haben. Die Mehrheit, ja die ganze Versammlung selbst ist durch die ministerielle Maßregel geradezu beleidigt worden. Einen schwachen Versuch der Rechtfertigung macht der Minister mit der Ausführung, daß es zu den Aufgaben der Schulbehörde gehöre, die Jugend zu gottesfürchtigen, sittlichen, vaterlandsliebenden Menschen zu erziehen, und daß die Sozialdemokratie nach ihren programmatischen Kundgebungen im grundsätzlichen Gegensatz zu den Aufgaben der preußischen Volksschule stände. Bezüglich der Forderung der „sittlichen" Erziehung spricht unser Erfurter Programm aus: Wir verlangen Weltlichkeit der Schule, obligatorischen Besuch der öffentlichen Volksschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung sowohl in den Volksschulen wie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. Ich überlasse Ihnen und jedem billig Denkenden, zu ermessen, inwieweit hier auch nur ein Titelchen enthalten ist, was die Qualifikation des Betreffenden in Zweifel ziehen könnte. Wir haben ja von ministerieller Seite schon sehr viel widersinniges Zeug über uns vernommen, aber es ist dann wenigstens der Versuch gemacht worden, Thatsachen umzudeuten; man hat aber bisher sich nicht in so unfertiger Weise damit begnügt, eine Vorstellung zu konstruiren, wie es hier seitens des Ministers geschieht. Ein Minister mit so strengem Maßstab für die ordnungsmäßige Verwaltung der Schule sollte doch nun wenigstens mit dem Bewußtsein ausgerüstet sein, daß auf allen sonstigen Gebieten des Schulwesens nichts zu wünschen übrig bleibe. Sie kennen die Schulverhältnisse Preußens und wissen, in welcher geradezu miserabeln Verfassung im allgemeinen unser Volksschulwesen sich befindet (Stürmischer Widerspruch) — ich habe ausdrücklich von unserem allgemeinen preußischen Volksschulwesen gesprochen, nicht über das Berlins, worüber ich mir mein Urtheil vorbehalte. Lesen Sie doch Ihre eigenen Zeitungen, (Sehr gut!), die das wiederholt mit Daten und Zahlen belegt haben, was ich hier als bekannte Thatsache voraussetzte, wobei ich nur den Fehler beging, Ihre Belesenheit zu überschätzen. (Große Unruhe.) Was der Minister über uns und unsere Parteigenossen hat sagen wollen, kann uns in keiner Weise alteriren und anfechten; wenn der Minister einst nicht mehr sein wird, wenn vielleicht ein anderer, befähigterer, wohlwollenderer die Verwaltung führt, dann werden wir sein und nach unseren Grundsätzen vernünftiger handeln. (Geächter.) Viel wichtiger aber als das Verhalten des Ministers ist das Verhalten des Magistrats. Eine solche Verfügung, die einen Bestandtheil dieser Versammlung von einer ganzen Kategorie öffentlicher Aemter auszuschließen bezweckt und den weitaus größten stimmberechtigten Theil der Berliner Bürgerschaft in ihren Ansprüchen an vernunftgemäße Rechte zurückstellen muß, hätte bei ihm eine andere Aufnahme finden müssen. (Zustimmung.) Außerordentlich auffällig ist mir der Umstand, daß im Gegensatz zu allen früheren Fällen der Magistrat mit der Einberufung Singer's zur Schuldeputation gerade so lange gewartet hat, als die betreffenden interessirten reaktionären und orthodoxen Kreise Zeit nöthig hatten, ihren Einfluß geltend zu machen gegen die Bestätigung. (Vorsteher Langerhans hält eine solche Unterstellung für nicht zulässig.) Jedenfalls ist ein solches Zusammentreffen außerordentlich auffällig. Die Vorlage vermeidet außerordentlich respektvoll jedes Wort des Protestes, der Verwahrung; der Magistrat versucht nicht einmal, der Bürgerschaft irgend einen Fingerzeig zu geben, daß er die Auffassung des Ministers nicht theilt, sondern er giebt lediglich bekannt, daß er sich nach Lage der Gesetzgebung genöthigt sieht, dem Befehl des Ministers folge zu leisten. Wir gehen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, besonders des Schulwesens, Zeiten entgegen, die sehr große Gefahren in sich bergen, und die eine zeitige Abwehr nothwendig machen. Dieser Fall, wo Sentiments über politische Gesinnungen den Ausschlag geben, zeigt deutlich den Weg, den die Dinge nehmen werden. Da war es Pflicht und Schuldigkeit des Magistrats, das Reskript nicht einfach als gegebene Thatsache hinzunehmen, sondern mit uns vereint energisch zu protestiren, jedenfalls Mittel und Wege zu suchen, wie diesen behördlichen Einmischungsgelüsten möglichst gründlich entgegengetreten werden könnte. Wir haben Ausschußberathung beantragt, es wird die Rechtslage zu prüfen, vielleicht auch zu erwägen sein, ob eine Beschwerde an das Gesammtministerium in Frage kommt, das dann das Reskript zu verleugnen oder sich damit solidarisch zu erklären hätte. Es wird zu prüfen sein, ob nicht beide Behörden gemeinschaftlich vielleicht auf grund des § 56 St.-O. eine ständige Deputation zu errichten hätten, die dann ohne einschränkende Maßnahmen der Behörden ihren Einfluß auf

die Gestaltung des Schulwesens geltend machen könnte. Stimmen Sie unserem Antrage zu, nicht blos um der Bürgerschaft die Beruhigung, sondern auch um dem Minister die Gewißheit zu geben, daß sich Bürgerschaft und Verwaltung von Berlin solche kühne Eingriffe in ihre Rechte nicht gefallen lassen, daß die Bürgerschaft und ihre Vertretung die Kollegen ungeachtet des Partei-Standpunktes als gleichberechtigt und gleich qualifizirt erachtet. Wir werden dafür sorgen, daß das Reskript bekannt und besprochen und nach allen Richtungen ausgenutzt wird. Wenn nicht die Minister, wenn nicht die Reaktion, wir werden jedenfalls mit mit dem Erfolge zufrieden sein.

Hier wird die Verhandlung durch die Einführung des neugewählten besoldeten Stadtraths Kauffmann unterbrochen. Die Einführung vollzieht Bürgermeister Kirschner mit einer die Vorzüge der Selbstverwaltung preisenden und der gegenseitigen Verständigung auf einer Mittellinie das Wort redenden Ansprache.

Stadtv. Cassel spricht für die Annahme des Antrags Vogtherr, dessen Motivirung er zum großen Theil als berechtigt anerkennen müsse. Selbst angenommen, daß der Minister das formelle Recht zu seiner Verfügung hätte, würde sich dieselbe nicht weniger als eine eminent selbstverwaltungsfeindliche Maßregel charakterisiren. Thatsächlich hänge doch ein großer Theil der Bevölkerung dem sozialdemokratischen Bekenntnisse an, und da habe die Mehrheit der Versammlung geglaubt, auch deren Vertretern die Mitarbeit an der städtischen Verwaltung zu ermöglichen. Was dem Reichstag recht sei, könne doch der Stadtvertretung nur billig sein, habe doch Herr Singer im Reichstage sogar den Vorsitz der Geschäftsordnungs-Kommission inne, ohne daß irgend jemand dort daran Anstoß nehme. In der städtischen Verwaltung habe Herr Singer, ohne je seine Prinzipien zu verleugnen, sich durchaus verdienstlich bethätigt. Gegen die Bevormundung des Ministers müsse ganz entschieden protestirt werden. (Beifall.)

Für den Ausdruck „widersinniges Zeug" und lächerlich-unfähig" wird Stadtv. Vogtherr zur Ordnung gerufen.

Stadtv. Friedemann: Es handelt sich hier wesentlich um einen neuen Eingriff in die Selbstverwaltung. Meine Fraktion lehnt ausdrücklich ab, die Gründe, die sie bei der Wahl geleitet haben, dazulegen, denn es handelt sich nach ihrer Auffassung um die Ausübung eines Rechts der Versammlung. Wir stimmen für Ausschußberathung.

Bürgermeister Kirschner: Wie ich glaube, wird der Magistrat bereit sein, in gemischter Deputation über die Angelegenheit in Berathung zu treten. Es ist unrichtig, daß der Magistrat die Bestätigung so lange hingezogen hat, bis die Aufsichtsbehörde Gelegenheit gehabt habe, das Reskript zu erlassen. Vom 15. Juni bis in den August hat schon der Ferien wegen die Schuldeputation keine Sitzung gehabt, aber auch ohne diese äußeren Umstände hätte der Magistrat wahrscheinlich längere Zeit gebraucht, um in dieser Frage seine Entscheidung zu treffen. In dem Augenblicke, wo Sie Herrn Singer gewählt haben, lag es für den Magistrat klar, daß die Bestätigungsfrage von großer Bedeutung sei und die weitesten Kreise interessiren würde. Er war daher genöthigt, die Rechtslage genau zu studiren, und diese ist keine einfache. Es ist auf die Akten bis zum Beginne der Schul-Deputation zurückgegangen und festgestellt worden, daß diese Frage wiederholt Gegenstand von Erörterungen gewesen ist; es wurde ein Syndikatsgutachten eingeholt, und so konnte die Sache nicht so schnell zur Entscheidung kommen. Heute auf die Rechtslage einzugehen, möchte ich vermeiden; nur konstatiren will ich, daß der Magistrat nach gewissenhafter Prüfung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß allerdings die Schuldeputation und der Magistrat bei der Ausübung dieses Rechts nicht als Selbstverwaltungsbehörde, sondern als delegirte staatliche Behörde in Frage kommt und ein Eingriff in die Selbstverwaltung nicht in Frage steht. Nach Entstehung, Zusammensetzung und Kompetenz ist die Schuldeputation nicht eine Behörde nach der Städte-Ordnung, sondern beruht auf besonderen Reskripten von 1811 und 1829; sie besteht nicht blos aus Mitgliedern der städtischen Behörden und Bürgerdeputirten, sondern kraft Ernennung durch die Regierung sind stimmberechtigt der Superintendent, der Probst, ein Vertreter der jüdischen Gemeinde; sie beschäftigt sich außer mit der öffentlichen auch mit der Aufsicht über die Privatschulen und über die jüdischen Gemeindeschulen. Auf grund dieser Erwägungen und des Ganges der Entwickelung ist der Magistrat der festen Ueberzeugung, daß das Bestätigungsrecht ein Ausfluß des staatlichen Hoheitsrechtes ist und er daher genöthigt ist, den Weisungen der vorgesetzten Behörde zu entsprechen. Dagegen zu remonstriren wäre ein Schlag ins Wasser gewesen und hätte der Stellung als nachgeordneter Behörde nicht entsprochen.

Stadtv. Neumann ist hierdurch nicht darüber belehrt worden, weshalb gerade Herr Singer in diese Behörde nicht eintreten solle. Die Ausführung, daß die Wahl Singer's eine gründliche Prüfung der Rechtslage erforderte, beweise, daß die angeführten Gründe des Magistrats gegen die Bestätigung bei diesem schon vorhanden waren, bevor das Reskript erging. (Hört, hört! und sehr richtig!) Früher sei die Einberufung eines Gewählten nach 8, spätestens 14 Tagen erfolgt. (Hört, hört!) Seit bald 40 Jahren habe der Magistrat noch nie seine Bestätigung versagt. Vorläufig habe die Versammlung allen Grund, bei ihrer Wahl zu bleiben.

Stadtv. Singer: Wenn ich mich gegen die Ausführungen des Bürgermeisters wende, so spreche ich nicht pro domo; denn es handelt sich gar nicht mehr um meine Person, sondern um einen Beschluß der Versammlung. Ich kann also ganz objektiv sprechen, weil die schlimmsten Befürchtungen, die ich bezüglich der Haltung des Magistrats hatte, durch seine Darlegungen noch übertroffen worden sind (Zustimmung.) Diese weisen deutlichst darauf hin, daß der Magistrat in dem Augenblicke, wo es sich um meine Wahl handelte, Angst bekommen hat vor einer möglichen Einberufung, und in Erwägungen eingetreten ist, ob er bestätigen solle oder nicht. Warum hat der Magistrat hier eine Aenderung seiner bisherigen Praxis eintreten lassen? Bisher hat er nicht bestätigt, er hat immer blos einberufen; er hat dann die Wahl und Einführung der Regierung angezeigt und ihr überlassen, zu entscheiden, was sie für gut hält. Hier hat er sich zum Briefträger der Regierung bei der Versammlung gemacht, das hätte er nicht thun sollen, sondern sich auf den Standpunkt des Gemeinwohls stellen sollen. Er hätte das Mitglied einberufen, und wenn dieses dann der reaktionären Regierung nicht gepaßt hätte, es zu dulden, hätte er der Gewalt allerdings weichen müssen. So hätte der Magistrat, wenn er liberalen Anschauungen huldigte, handeln müssen in einer Zeit, wo von allen Seiten Ausnahmegesetze gegen bestimmte Richtungen vorbereitet werden, nicht aber sich zum Mitschuldigen einer solchen Politik machen. (Sehr richtig!) Wenn ferner der Bürgermeister selbst erklärt, daß die Regierung das Bestätigungsrecht habe und der Magistrat nur der Bote der Regierung sei, und also auch die Bestätigung als Delegirter der Regierung verweigern müsse, dann hat er damit außerordentlich das zu Anfang geäußerte Entgegenkommen beeinträchtigt. Aus den ersten Worten konnte man auf die Möglichkeit gemeinsamer Schritte zum Wohle der Stadt in dieser Angelegenheit schließen; wenn er aber der Regierung völlig recht giebt, kommt mir die im Ausschusse zugesagte Hilfe des Magistrats wie ein Danaergeschenk vor. Es ist aber nicht so wie der Bürgermeister sagt. Die Versammlung steht auf einem anderen Standpunkt, das geht aus einem Beschlusse vom 29. November 1866 hervor (Redner verliest denselben), in welchem ausdrücklich festgestellt wird, daß die Versammlung kein Bestätigungsrecht anerkennt und gegen das bezügliche Verlangen des Ministers erneute Immediat-Beschwerde zu erheben den Magistrat ersucht. Da der Bürgermeister weiß, daß Gemeindebeschlüsse nur durch Gemeindebeschlüsse geändert werden können, war es nicht gut, jetzt diese Stellung des Magistrats in solcher Schärfe hervorzuheben und damit der reaktionären Presse und dem Minister selbst eine Waffe gegen die Stadtverordneten-Versammlung in die Hand zu geben, wenn sie auf dem Beschluß von 1866 stehen bleibt. Das Reskript von 1829 ist durch die Städteordnung überholt, das Reskript verletzt den § 5 derselben, den Fundamentalsatz, daß das Bürgerrecht auch in der Uebernahme von Aemtern in Gemeindeverwaltung und -Vertretung besteht. Auch auf Ministerial-Instruktionen kann sich der Magistrat nicht beziehen. Es ist ein alter Rechtsstreit, ob Ministerial-Instruktionen, die keine Gesetze sind, die Städte-Ordnung, ein Gesetz, abändern können. Läge dem Magistrat wirklich an der Klarstellung der Frage, so hätte er in Wahrung der Selbstverwaltung den Weg beschreiten müssen, diesen Streit zur Entscheidung zu bringen. Das ist nicht geschehen. Nach den Erklärungen des Bürgermeisters glaube ich nicht, daß es gelingen wird, den Magistrat zum gemeinsamen Kampfe gegen die Bedrohung des Selbstverwaltungsrechtes zu führen; aber das wird doch aus der Berathung herauskommen, daß die Versammlung nach wir vor auf dem Standpunkt der Selbstverwaltung steht, kein Recht, welches sie besitzt, aus der Hand giebt und nicht meint, daß der Magistrat sich hier nur als Vollstrecker des Regierungswillens zu betrachten hat. Das ist eigentlich die schlimmste Erfahrung, die wir auf diesem Gebiete gemacht haben, daß das Organ der Reichshauptstadt, der Magistrat, in dieser Frage nicht im stande gewesen ist, die Selbstverwaltung zu wahren, die doch das Fundament seiner Thätigkeit sein soll! (Beifall.)

Bürgermeister Kirschner bestreitet, daß der Magistrat Angst empfunden habe; er wüßte nicht, vor wem? Eine Wahl wie diese so schnell zu erledigen, damit würde dem Magistrat etwas zugemuthet, was er mit gutem Gewissen nicht thun könne. (Heiterkeit.) Man habe die Untersuchung über das Bestätigungsrecht vorher eintreten lassen, um sich nicht nachher Weiterungen auszusetzen. (Unruhe.)

Damit schließt die Berathung.

Persönlich bemerkt Stadtv. Vogtherr, er habe nicht von „lächerlich unfähig", sondern von „lächerlich unfertig" gesprochen.

Der Antrag Vogtherr wird fast einstimmig angenommen.

Die Vorlage wegen Abschlusses eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken wird auf 14 Tage vertagt.

Die Vorlage wegen Beleuchtung der Sieges-Allee mit elektrischem Bogenlicht wird nach längerer Debatte unverändert genehmigt.

Auf Antrag Sachs I beschließt die Versammlung die Zurückverweisung der Vorlage wegen des Vermächtnisses des Professors Baron für ein vegetarisches Kinderheim an den Ausschuß.

Stadtv. Singer schließt sich dem betr. Wunsche an, obwohl er davon eine Stärkung der Agitation der Vegetarier besorgt, die bereits einen widerlichen Eindruck zu machen beginne.

Schluß gegen 1/2 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Die Differenzen bei Sonnet, Greifswalderstraße, sind beigelegt. Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen um zahlreichen Besuch der heute stattfindenden Versammlung. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Die Holzbildhauer der Firma Schneider in Leipzig haben wegen Verlängerung der ihnen erst zugestandenen 54stündigen Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt.

Die Schuhmacher in Hannover haben den Erfolg zu verzeichnen, daß bis jetzt 32 Meister, die 57 Gesellen beschäftigen, die Forderungen bewilligt haben. Ausständig sind noch 107 Schuhmacher.

Den streikenden Holzarbeitern in Fürth, deren Zahl auf 500 gestiegen ist, wurde von einer Unternehmer-Kommission die 57stündige Arbeitszeit und die 1½stündige Mittagspause vorgeschlagen. Eine Versammlung der Holzarbeiter erklärte sich bereit, den Vorschlag anzunehmen, wenn alle Streikenden wieder an ihre alten Plätze gestellt werden. Die Forderung lautete ursprünglich auf 56stündige Arbeitszeit.

Ausland.

Zum Streik der Wiener Buchbinder. Am Montag hielten 18 kartellirte Buchbindermeister eine Besprechung ab, in welcher der Bundespräsident Herr Pastrée die Anfrage stellte, ob die Meister nicht geneigt wären, in Verhandlungen mit dem Lohnkomitee zu treten. Die kartellirten Meister lehnten einstimmig ab, und der Streik wird, da die Arbeiter keine Ursache haben, die erhobenen Forderungen im Stiche zu lassen, eine ziemlich lange Zeit währen. Eine rasche Beilegung könnte nur dann erfolgen, wenn eine größere Anzahl Meister des Spieles, das einige Meister mit ihnen treiben, müde werden und über die Köpfe der kartellirten Unternehmer hinweg mit dem Lohnkomitee in Verhandlungen treten. Die 18 Unternehmer, die im Bunde der Industriellen ihre Sitzungen abhalten, haben alles versucht, in den Provinzen Streikbrecher zu werben. In alle Provinzblätter ließen sie große Inserate einrücken, nach denen Buchbinder und Kastrirer in Wien Aufnahme finden.

Es ist dringend zu wünschen, daß auch aus Deutschland der Zuzug streng ferngehalten wird.

Der Ausstand der Pariser Bauarbeiter dauert fort. Sämmtliche Versammlungen der betheiligten Arbeitergruppen vom Dienstag sprachen sich nach den Berichten der „Petit Republique" für die Fortsetzung des Streiks aus. Der Ministerpräsident Brisson hatte am Mittwoch eine Unterredung mit dem Seinepräfekten über die Lage des Ausstandes. Brisson versprach den Ausständigen, sich im nächsten Ministerrath mit ihren Wünschen zu befassen. — Nach der „Petite Republique" haben auch die Erdarbeiter am Dienstag die Fortführung des Streiks so lange beschlossen, bis den übrigen Bauarbeitern ihre Forderungen bewilligt sind. Dagegen meldet der Telegraph, daß am Donnerstag früh die Erdarbeiter in großer Zahl die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

In Grammont (Belgien) sind 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Zündholzfabriken ausständig. Sie verlangen eine Lohnerhöhung.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf der kaiserlichen Besitzung Schloß Urville im Elsaß wurden am Sonnabend zwei Maurer verschüttet, die bei der Niederlegung der kürzlich abgebrannten Gebäude beschäftigt waren. Einer der Verunglückten büßte sein Leben ein, der andere ist schwer verletzt.

Infolge des Zerbrechens eines Bretts stürzten auf einem Bau in Barmen zwei Maurer aus dem dritten Stockwerk auf die Erde herab. Beide sind infolge der schweren Verletzungen gestorben.

Das Apotheken-Monopol verhilft den Besitzern der Apotheken zu einer fast absolut sicheren und dabei äußerst gewinnbringenden Existenz. Die Kehrseite bildet die unbefriedigende Lage des Apothekergehilfen, dessen Existenz um so fragwürdiger erscheint, als die Zahl der Apotheken infolge des Monopols beschränkt ist, denn der außer Stellung gerathene Gehilfe findet nur schwer in einer anderen Apotheke ein Unterkommen, es sei denn, er wolle seine Kollegen unterbieten. Während der Apothekenbesitzer Geld auf Geld häuft, blüht dem über Kapital nicht verfügenden Gehilfen bestenfalls nur die Aussicht, für ein mehr oder weniger mäßiges Gehalt dem Prinzipal zeitlebens seine ganze Arbeitskraft widmen zu dürfen. Aber wie viele Apothekenbesitzer behalten den Gehilfen noch im Dienst, wenn Alter oder Krankheit seine Arbeitskraft geschwächt haben? Jüngere Kräfte einzustellen, vor allem solche, die mit geringerem Gehalt vorlieb nehmen, das ist auch in der Apothekerei die Parole des Unternehmerthums. Einen Beleg dafür findet man in der neuesten Nummer der in Berlin erscheinenden „Pharmazeutischen Zeitung", die im Inseratentheil folgenden bezeichnenden Aufruf eines Altonaer Apothekers namens A. Duvell veröffentlicht: „Nach beinahe fünfzigjähriger Dienstfunktion in der Pharmacie bin ich zur Zeit außer stande, für meine Lebensbedürfnisse das nöthigste aufzubringen, wende mich daher an das Humanitätsgefühl aller integrirenden Kollegen, Besitzer, Studien-Kommilitonen und Pharmazeuten mit der Bitte, Hilfe zu spenden."

Dampfkessel-Explosionen im Jahre 1897. Im letzten Jahre sind in Deutschland 21 Dampfkessel-Explosionen vorgekommen, die sich auf Kessel verschiedener Konstruktion erstreckten. In 5 Fällen wird nur Wassermangel, in 4 Fällen Wassermangel und mangelhafte oder ungenügende Wartung und in einem Falle zu hohe Dampfspannung in Verbindung mit mangelhafter Wartung als Ursache der Explosion betrachtet.

Seit dem Jahre 1877 werden die Explosionen regelmäßig gezählt; es betrug:

im Jahre	die Zahl der Explosionen	die Zahl der verunglückten Personen überhaupt	davon getödtet	verwundet schwer	verwundet leicht
1877	20	58	21	14	28
1878	18	32	10	5	17
1879	18	78	36	10	32
1880	20	29	10	5	14
1881	11	47	8	18	21
1882	11	48	19	14	15
1883	14	55	23	8	24
1884	14	45	12	11	22
1885	13	22	11	2	9
1886	16	23	10	5	8
1887	14 (37 Kessel)	83	17	5	61
1888	15	11	4	3	4
1889	16	28	6	5	17
1890	16	21	9	1	11
1891	10	10	—	3	7
1892	18	41	12	11	18
1893	10	21	6	5	10
1894	35	34	12	9	13
1895	23	74	20	23	31
1896	21	25	10	2	13
1897	21	39	17	3	19
Zusammen	354	824	273	162	389

Bei den im Jahre 1897 vorgekommenen 21 Explosionen wurde ermittelt, daß in 9 Fällen das Bedienungspersonal der Dampfkessel Nebenarbeiten verrichten mußte. Wegen der großen Unfallgefahr des Dampfkesselbetriebes erscheint ein gesetzliches Verbot der Nebenbeschäftigung der Heizer dringend nöthig. Von nicht minder wohlthätigem Einflusse wäre eine gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit der Heizer, die jetzt vielfach so lang ist, daß es fast als ein Wunder bezeichnet werden kann, daß nicht mehr Kesselexplosionen vorkommen.

Die Konzentration des Brauereibetriebes schreitet von Jahr zu Jahr mit für den Kleinbetrieb geradezu tödtlicher Sicherheit fort. So weist die neueste amtliche Uebersicht aus dem Großherzogthum Hessen wieder einen Rückgang der Zahl der Brauereien von 160 im Jahre 1896/97 auf 154 im Jahre 1897/98 auf. Dabei ist die Produktion von 1 210 494 auf 1 306 417 Hektoliter gestiegen. Also innerhalb eines einzigen Jahres 6 Brauereien weniger und 95 923 Hektoliter Bier mehr!

Daß Kinder von 10 Jahren und darunter mit Gefängniß bestraft werden können, ist noch in Dänemark der Fall, nämlich in den Provinzialstädten, für die besondere Strafgesetz-Bestimmungen bestehen. Eine Ueberweisung solcher Kinder an Erziehungsanstalten kennt man dort nicht; wenn man sie nicht verurtheilen will, muß der Prozeß niedergeschlagen werden, was nur mit Zustimmung des Justizministers möglich ist, ein Instanzenweg, der natürlich schon aus Bequemlichkeitsgründen am liebsten von den niederen Justizbehörden vermieden wird. In Kopenhagen kann der Richter selbst die Sache niederschlagen. In den Jahren 1893 bis 1897 waren dort 1319 Verhandlungen gegen 2098 Knaben und 64 Mädchen zu verzeichnen. Bei 1871 Knaben und 61 Mädchen wurde die Verhandlung niedergeschlagen resp. erhielten die Kinder nur eine Verwarnung. 220 Knaben wurden durch eine Züchtigung bestraft; 7 Knaben und 3 Mädchen erhielten Gefängnißstrafe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 18. Oktober. Die „Berliner Korrespondenz" schreibt: Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Zustimmung ertheilt zu dem Entwurf von Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien.

Berlin, 13. Oktbr. (W. T. B.) Die Nachricht, der Bundesrath habe sich in der lippischen Angelegenheit für unzuständig erklärt, ist nicht zutreffend. Der Bundesrath hat hierüber noch keinen Beschluß gefaßt.

Grünau, 18. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Heute Vormittag entgleisten bei der Einfahrt des Zuges 368 in Grünau auf noch nicht aufgeklärte Weise bei Durchfahrt der Einfahrtweiche die beiden ersten Personenwagen hinter dem Packwagen. Vier Reisende sind durch Kontusion ganz leicht verletzt. Der Zugverkehr hat mit einigen Verspätungen aufrecht erhalten werden können.

Halberstadt, 13. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Heute Vormittag ist von einem Güterzuge auf Strecke Oker—Bienenburg ein Hilfsbremser herabgefallen und hat hierbei an beiden Füßen schwere Verletzungen erlitten. Derselbe hat Aufnahme im Krankenhause zu Goslar gefunden.

Köln, 13. Oktober. (B. H.) Der „K. Z." wird aus Adelaide gemeldet, im vorigen Monat sei auf den Neuen Hebriden ein Aufstand ausgebrochen. Die Eingeborenen überfielen ein unter deutscher Flagge segelndes Schiff, tödteten sämmtliche Weißen und schlachteten vier gefangene Eingeborene in grausamer Weise ab, die sie dann an Land verzehrten. Der deutsche Kreuzer „Falke" wurde abgesandt, um die Aufwiegler zu bestrafen.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. (B. H.) Aus Rom wird der „Frankf. Ztg." telegraphirt: Aus Erythräa sind Alarmnachrichten hier eingetroffen. „Popolo Romano" sagt, Ras Mangascha rüste thatsächlich, aber nur gegen Menelik, gegen den er sich empört habe.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. (B. H.) Der „Frankf. Ztg." wird aus München gemeldet: Es finden Vorbereitungen statt für eine Reichsvorlage zur Beseitigung der Privatposten gegen Ablösung. Die Beamten sollen entweder von der Postverwaltung übernommen oder entschädigt werden.

Wien, 13. Oktober. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Bei der Berathung der Regierungsvorlage betreffend die Budgetprovisorien erklärte Dobernig (deutsche Volkspartei) seine Partei verurtheile die Art und Weise, wie die Regierung den § 14 anwende, als eine Verfassungsverletzung. Auf der Tagesordnung ständen die Sprachenverordnungen, und die Volksbewegung werde wachsen, bis der den Deutschen angethane Schimpf geführt sei. —

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Mehrere Polizeikommissare waren heute Nachmittag zu dem Untersuchungsrichter berufen. Ueber den Grund der Zusammenberufung der Kommission ist nichts bekannt, doch vermuthet man, daß es sich um Haussuchungen handele, die heute Abend in den Räumlichkeiten gewisser Syndikate vorgenommen werden sollen.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Infolge des Beschlusses des Verwaltungsrathes des Syndikates der Eisenbahnen Frankreichs und der Kolonien, einen Streik der Angestellten der Eisenbahnen anzuordnen, wurde in den Räumlichkeiten des Syndikats eine Haussuchung vorgenommen. Die Korrespondenz und verschiedene andere Schriftstücke wurden mit Beschlag belegt.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Der „Temps" meldet: Der Ausschuß des Syndikats der Bahnarbeiter hat sich mit 12 gegen 11 Stimmen für den Anschluß an den großen Ausstand ausgesprochen, trotzdem sich die Mehrheit der Gruppen in den Provinzen gegen den Ausstand erklärt hatte. Den Syndikatsmitgliedern wird der Beschluß brieflich mitgetheilt werden. Das Syndikat umfaßt nur fünf Prozent der gesammten Bahnarbeiter.

Smyrna, 13. Oktober. (B. H.) Räuber überfielen am Wege von Karahissar nach Dinar die Post, erschossen die Begleitmannschaften und raubten dann die Werthpackete in Höhe von 210 000 Franks.

Yokohama, 13. Oktober. (W. T. B.) Eine Depesche aus Söul meldet, der Justizminister habe seine Entlassung erhalten, weil er es nicht verhindert habe, daß der Pöbel die Leichen der hingerichteten Verschwörer verstümmelte.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 241. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Freitag, 14. Oktober 1898.

Kommunales.

Das Märkische Provinzialmuseum wies am 31. März d. J. nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats einen Bestand von 81 123 Ausstellungsgegenständen auf. Die naturgeschichtliche Abtheilung wies 10 678 Gegenstände auf und zwar die Mineralogie, Paläontologie 2c. 6357; Botanik 2436 und Geologie 1885 Gegenstände. Die kulturgeschichtliche Abtheilung ist durch 70 445 Ausstellungsgegenstände vertreten; davon entfallen auf: Vorgeschichtliche Zeit, Inland 21 493; vorgeschichtliche Zeit, Ausland 1132; Mittelalter, Inland 3212, Mittelalter, Ausland 11; Neuzeit, Inland 13 076; Neuzeit, Ausland 249; Varia 1197; Münzen 3727; Medaillen 3358; Siegel, Wappen 151; Architektonisches 734; Bilder 8645; Urkunden 1014; Bibliothek 6076; Karten, Pläne 200; Autographe 170; noch nicht katalogisirte Objekte 6000.

Der Zugang an Ausstellungsobjekten betrug im letzten Berichtsjahre 2632. Die Mehrzahl der Zugänge sind, wie alljährlich, von Bewohnern Berlins und der Provinz als Geschenke eingegangen.

An Geschenkgebern, welche durch wiederholte und werthvolle Zuwendungen sich um das Museum in höherem Grade verdient gemacht haben, wird ein besonderes „Anerkennungs-Diplom" ausgefertigt. Im Laufe des Berichtsjahres wurden zwei solche Diplome ausgefertigt. Für diejenigen, welche bereits im Besitze des Diploms, sich noch weitere Verdienste um das Museum durch fortgesetzte werthvolle Stiftungen erworben haben, ist ein besonderes als Anhänger zu tragendes Anerkennungszeichen auf Gemeindebeschluß geschaffen worden. Dieses Zeichen wird in der Regel in Silber verliehen. Wenn es sich um besonders große Verdienste handelt, wird das goldene Anerkennungszeichen zuerkannt. Im letzten Jahre wurden 3 goldene und 3 silberne Anerkennungszeichen zuerkannt. Insgesammt erhielten bisher 10 Personen das goldene und 69 Personen das silberne Anerkennungszeichen.

Während der öffentlichen Besuchszeit, Sonntags von 11 bis 1½, Montags und Donnerstags von 11 bis 2½ Uhr, haben etwa 10 000 Personen die Sammlungen besichtigt. — Außer der öffentlichen Besuchszeit kann die Besichtigung auch nach Anmeldung während der gewöhnlichen täglichen Dienstzeit gestattet werden.

Die seit 9 Jahren geführten Verhandlungen und Entwurfsarbeiten zur Errichtung eines neuen Gebäudes für das Museum sind im Laufe des Berichtsjahres zum Abschluß gelangt. Ein von dem neugewählten Stadtbaurath Hoffmann entworfener Bauplan wurde vom Magistrat genehmigt und fand am 3. März d. Js. die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung. Mit den Ausschachtungsarbeiten zum Neubau, welcher bekanntlich an der Wallstraße im Köllnischen Park errichtet wird, ist inzwischen begonnen worden. Die Baukosten sind auf 1 511 000 M. veranschlagt. Die Fertigstellung des neuen Museumgebäudes ist zum 1. April 1902 in Aussicht genommen. Die verschiedenen größeren Abtheilungen des neuen Museums werden in besonderen Sälen in sich abgeschlossen zur Aufstellung gelangen, so daß jeder der 20 größeren Säle eine Abtheilung enthält.

Landtagswahlen. Zu den Urwahlen macht der Magistrat bekannt: „Wir haben an jeden in die Wählerliste eingetragenen Urwähler eine besondere Karte abgesandt, auf welcher der Urwahlbezirk, die Wahlabtheilung, Tag und Stunde der Wahl, sowie das Wahllokal angegeben sind. Die wegen Verzugs der Wähler als unbestellbar zurückgekommenen Karten können in den letzten Tagen vor dem Wahltermine in unserem Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Tr., während der Bureaustunden in Empfang genommen werden. — Die Abtheilungslisten für die Urwahlen zum Abgeordnetenhause sind auf grund der ausgelegt gewesenen und berichtigten Urlisten für diese Wahlen aufgestellt und werden nach Vorschrift des Reglements über die Wahlen zum Abgeordnetenhause vom 18. September 1873 drei Tage lang und zwar am Montag, den 17., Dienstag, den 18. und Mittwoch, den 19. Oktober cr. im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Tr, ausliegen. Einwendungen können nur während der vorgeschriebenen Auslagefrist dort angebracht werden. Nach dem Gesetz vom 29. Juni 1893 ist für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abtheilungsliste aufgestellt und sind hiernach auch die Abtheilungsgrenzen urwahlbezirksweise gebildet. Wer demnach sein Wahlrecht auszuüben gedenkt, möge es nicht versäumen, die Abtheilungslisten einzusehen, da diese bei der Wahl der Wahlmänner am 27. Oktober als Abstimmungslisten gelten und nur derjenige wählen darf, dessen Name darin verzeichnet steht."

Lokales.

Achtung, Krankenkassen-Vorstände! Am Dienstag, den 18. d. M., findet abends 8½ Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung sämmtlicher Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins statt, in der für jede einzige Krankenkasse höchst wichtige Fragen und Neuerungen berathen werden sollen. In anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es nothwendig, daß sämmtliche Vorstandsmitglieder und Verwaltungsbeamte zum Besuch der Versammlung veranlaßt werden.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Kongresse in Weimar und Düsseldorf, sowie insbesondere über Verhandlungen mit Behörden. Ergebnisse derselben für die Krankenkassen-Bewegung in Berlin: Dr. Friedeberg. 2. Bericht über die Versendung der Denkschrift der Zentralkommission. Etwaige Neuauflage derselben: Herr Simanowski. 3. Vorlegung eines Entwurfs zu einem neuen Vertrage der Krankenkassen mit den Berliner Badeanstalts-Besitzern: Herr Werner, ev. 4. Hinweis auf die Agitation gegen die Stadt bezüglich neuer Lungenheilstätten.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins.

Diejenigen Parteigenossen, welche noch im Besitz von Material, Bons, Listen 2c. sind, werden ersucht, bis spätestens Sonntag, den 16. Oktober beim Vertrauensmann abzurechnen. Andernfalls werden die Namen der Restanten gelegentlich der Abrechnung der Vertrauensmänner in der Versammlung am 19. Oktober bekannt gegeben.

Die Vertrauenspersonen.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Sonntag, den 16. Oktober, abends 6½ Uhr, findet bei Zubeil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Dr. Freudenberg über die gesundheitlichen Schäden der Hausindustrie sprechen wird. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein.

Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Uebermorgen, Sonntag, feiert der Verein in den Fest-Sälen von Keller, Koppenstr. 29, das zweite Stiftungsfest. Der Vorstand ersucht die Genossen, für recht rege Betheiligung zu sorgen, damit diesem Fest die würdige Weihe gegeben werde.

NB. In dem Bericht über die letzte Versammlung ist als Datum der Abhaltung des Festes irrthümlich der 16. November angegeben. Im übrigen siehe Inserat von heute und Sonntag.

Der Vorstand.

Die in Aussicht gestellte Fahrrad-Ordnung, welche den Radverkehr noch mehr als bisher einschränkt, wird jetzt vom Polizeipräsidium bekannt gegeben. Diese neueste Illustration des Wortes, daß wir im Zeichen des Verkehrs leben, hat folgenden Wortlaut:

Auf grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Polizeibezirk Berlin mit Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes Nachstehendes verordnet: Der § 2 der Polizei-Verordnung vom 25. Januar 1896, betreffend den Verkehr mit Fahrrädern, wird wie folgt abgeändert: § 2. Von dem Befahren mit Zweirädern sind, sofern zur Beförderung nur einer Person eingerichtete Niederräder benutzt werden, fortan folgende Straßen und Plätze ausgeschlossen: Die Straße „Unter den Linden" nebst dem Pariser Platz, den Plätzen am Opernhause und dem Zeughause, der Schloßbrücke und dem Lustgarten, die Neue Wilhelmstraße, die Friedrichstraße nebst der Weidendammerbrücke, die Leipzigerstraße und der Leipziger Platz, der Spittelmarkt, die Kommandantenstraße, der Potsdamer Platz, die Potsdamerstraße vom Potsdamer Platz bis zur Lützowstraße, die Königstraße, die Spandauerstraße von der Königstraße bis zum Molkenmarkt, der Alexanderplatz, die Alexander- und Münzstraße, die Landsbergerstraße vom Alexanderplatz bis zur Gollnowstraße, der Hackesche Markt, die Rosenthalerstraße, die Chausseestraße von der Friedrichstraße bis zur Invalidenstraße, die Invalidenstraße vom Platz am Neuen Thor bis zur Brunnenstraße, die Kurfürstenstraße von der Nürnbergerstraße bis zum Kurfürstendamm, der Kurfürstendamm von der Wichmannstraße bis zu der südlich von dem Schnittpunkte mit der Kurfürstenstraße belegenen Weichbildgrenze. Das Kreuzen der genannten Plätze und der Straße Unter den Linden, der Leipzigerstraße sowie der Friedrichstraße zwischen der Französischenstraße und der Weidendammer Brücke ist untersagt. Im übrigen ist das Kreuzen der bezeichneten Straßen im Zuge der dieselben schneidenden Straßenzüge gestattet, muß jedoch in langsamer Fahrt erfolgen.

Zum Morde in der Zionskirchstraße weiß eine Korrespondenz zu melden, daß die Polizei glaubt, die Person der Mörders zwar nicht ergriffen, aber doch festgestellt zu haben. Schon wenige Tage nach der Mordthat verdichtete sich der Verdacht auf den am 26. April 1869 in Berlin geborenen Albert Wegener, dessen Eltern der apostolischen Gemeinde angehören. Es wurde ermittelt, daß Wegener, der früher Xylograph und später Hausknecht war, vor sechs Jahren einen schweren Einbruchsdiebstahl in die apostolische Kirche unternommen hatte und auch dabei abgefaßt war, daß aber eine Anzeige damals nicht erfolgte, um den guten Ruf der Kirchengemeinde nicht zu gefährden. Der Einbrecher hatte sich bald darauf nach Hamburg begeben, dort wiederum Einbrüche verübt und sich dafür eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren zugezogen, die er in Fuhlsbüttel bei Hamburg verbüßte. Am 20. September cr., also wenige Tage vor dem Morde an der Kaiser, wurde er aus dem Zuchthause entlassen, nachdem er vorher photographirt war. Da er preußischer Unterthan war, wurde er polizeilich nach Wandsbek, dem nächsten preußischen Orte, abgeschoben. Nun soll festgestellt worden sein, daß der neuerdings von der Polizei ausgestellte blutbefleckte Paletot des Mörders aus dem Kammerbestande des Zuchthauses zu Fuhlsbüttel stammt, ferner, daß Wegener vom 26. September bis 2. Oktober sich hier in der Herberge Alte Jakobstr. 31 unter seinem wirklichen Namen aufgehalten hat, und endlich, daß der muthmaßliche Mörder nach Hannover abgereist ist.

Der bekannte Weißbierwirth Heinrich Clausing ist gestern im 64. Lebensjahre gestorben. Von seinem Geschäft in der Zimmerstraße 80, das von seinem Vater gegründet worden war, hatte er sich bereits vor etwa 20 Jahren zurückgezogen.

Die elektrische Beleuchtung des Wassersturzes am Victoria-Park hatte Mittwoch Abend trotz des ungünstigen Wetters noch eine große Zahl Schaulustiger in der Großbeeren- und Kreuzbergstraße versammelt, die mit großer Ausdauer während der zwei Stunden das farbenprächtige Schauspiel beobachteten. Am nächsten Sonnabend wird der Wassersturz für dieses Jahr zum letzten Mal elektrisch beleuchtet sein.

Bei den Arbeiten für die elektrische Straßenbahn bereitet ganz besonders die Legung und Auswechselung der Schienengeleise große Schwierigkeiten, durch welche die Fertigstellung der Bahnstrecken häufig nicht zur festgesetzten Zeit erfolgen kann. Die Verzögerungen, welche die Arbeiten erleiden, sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß erstens die Eisengießereien mit Arbeit überhäuft, die an sie ergehenden Aufträge nur mit großen Schwierigkeiten zu erledigen vermögen, hauptsächlich aber dadurch, daß jedes Weichen-, jedes Kurvenstück genau nach Maaß und Vorschrift extra gefertigt werden muß. Hierauf ist auch zurückzuführen, daß bei der Ringbahn die Auswechselung der Geleise im allgemeinen schon längst beendet ist, während nur noch die Arbeiten für Legung der Kurven nach dem eigentlichen vorgesehenen Eröffnungstermin erst stattfinden konnten. Dadurch verzögert sich aber auch andererseits die Fertigstellung der Stromzuführungs-Leitung, da diese erst gezogen werden kann, nachdem die neuen Kurven fertiggestellt sind.

Durch ein auffallendes Gebahren erregte gestern Nachmittag am Humboldthafen eine Dame die Aufmerksamkeit eines Schutzmanns. Sie ging aufgeregt am Alexanderufer auf und ab und machte sich auch am Geländer zu schaffen. Plötzlich stieg sie, ehe der Beamte an sie herankommen konnte, über das Geländer hinweg und stürzte sich in den Schifffahrtskanal hinab. Mit Hilfe von Müllkutschern, die gerade in der Nähe waren, gelang es dem Schutzmann, die Lebensmüde aus dem Wasser herauszuholen. Festgestellt wurde sie als eine 42 Jahre alte Frau von der Osten, geb. Rehnwaldt, die bis zum 1. Oktober in der Kantstraße zu Charlottenburg wohnte.

Unglückliche Liebe hat die 22 Jahre alte Tochter Martha des Arbeiters K. aus der Zionskirchstraße in den Tod getrieben. Das Mädchen hatte seit einigen Jahren in einem Putzfedern-Geschäft der Köpenickerstraße eine Stellung als Expedientin und dann als Stemplerin inne. Hier lernte es einen Buchhalter Adolf K. kennen. Die jungen Leute fanden Gefallen aneinander. K.'s Mutter hatte jedoch für ihren Sohn eine andere Partie in Aussicht genommen. Das Ende war, daß der junge Mann dem Mädchen am vergangenen Freitag einen Abschiedsbrief schrieb. Die Verlassene brachte den Brief abends mit nach Hause, beantwortete ihn dahin, daß sie ohne K. nicht weiter leben wolle, schickte dem Geliebten den Ring, den er ihr geschenkt hatte, mit zurück, kleidete sich an und trug den Brief selbst auf die Post. Vergebens warteten die Angehörigen auf die Rückkehr des Mädchens, es blieb verschwunden, bis man es gestern am Schleusenufer aus dem Landwehrkanal landete.

Am Sonnabend Abend 8 Uhr veranstalten die Vereine Frühlingslust, Freiheit und Gerechtigkeit W, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps) ein Gesangskonzert. Es soll unter anderem das Chorwerk: „Columbus" von Brambach aufgeführt werden, da dies Werk in Berlin noch nicht zur Aufführung gekommen ist und andererseits der Ueberschuß zu Wohlthätigkeitszwecken dienen soll, so machen wir Sangesfreunde und Genossen besonders darauf aufmerksam, noch zumal die betreffenden Vereine weder Kosten noch Mühen gescheut haben, einmal ein größeres Werk der Berliner Arbeiterschaft vorzuführen. Um übrigen verweisen wir auf die heutige Annonce. Das Komitee.

Theater. Einen „Chamisso-Abend" veranstaltet die Direktion des Schiller-Theaters Sonntag, den 16. Oktober im Bürgersaale des Rathhauses. Das Programm besteht aus den bekanntesten Stücken dieses volksthümlichen Dichters. Gesungen werden acht Lieder aus Robert Schumann's Komposition „Frauenliebe und -Leben.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Am Sonnabend feiert der Arbeiter-Bildungsverein sein siebentes Stiftungsfest im „Wirthshaus Schmargendorf". — Am Dienstag, den 18. Oktober, findet die Generalversammlung des Vereins im selben Lokal statt. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonnabend, den 15. d. M. abends 8½ Uhr bei Haferland Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nöthig. Der Vorstand.

Die Unparteilichkeit des Vorsitzes im städtischen Arbeitsnachweis zu Charlottenburg kam in der letzten Stadtverordnetensitzung am Mittwoch zur Sprache. Der Stadtverordnete, Genosse Beyer, hatte die Anfrage eingebracht, ob die Nachricht des „Vorwärts", daß der Magistrat beabsichtige, zum stellvertretenden Vorsitzenden einen Arbeitgeber zu ernennen, richtig sei. Die Anfrage war von den Mitgliedern der liberalen Fraktion unterstützt worden. Vom Magistratstische wurde geantwortet, daß es sich nicht um eine beabsichtigte, sondern um eine bereits erfolgte Ernennung handle. Der Ernannte sei der Buchdruckereibesitzer Gertz; doch sei derselbe nicht etwa in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, sondern als Magistratsmitglied ernannt; ein unbesoldetes Magistratsmitglied müsse ebenso als unparteiisch anerkannt werden, wie ein besoldetes. Sämmtliche Redner, die sich an der Debatte betheiligten, mißbilligten diesen Standpunkt und erklärten, daß in der Leitung eines städtischen Arbeitsnachweises auch schon der bloße Schein der Parteilichkeit vermieden werden müsse. Wie wir hören, ist zur Zeit der Vorsitzende des Arbeitsnachweises, der mit dem Gewerbegerichts-Vorsitzenden identisch ist, im Amte und also die Frage der Stellvertretung augenblicklich nicht brennend. Umso unauffälliger könnte diese Frage jetzt einer Neuregelung unterzogen werden. Jedenfalls werden wir die Angelegenheit im Auge behalten.

Auch die jüngste Stadt Preußens, unser Nachbarort Schöneberg, hat jetzt, ebenso wie Berlin, ihre Beamtenklagen. Gestern haben sämmtliche in der städtischen Verwaltung beschäftigten Militäranwärter an den Regierungspräsidenten in Potsdam eine Petition geschickt, in welcher sie um endliche Anstellung ersuchen. Bei einer persönlichen Unterredung einiger dieser Beamten mit dem betreffenden Dezernenten wurde den Petenten mitgetheilt, daß ihre Anstellungs- und Gehaltsangelegenheit in humanster Weise geregelt werden würde, nachdem die Stadtvertretung angewiesen sei, ihren Beamten ein festes Engagementsverhältniß zu sichern. Einer der Beamten wird schon jetzt gegen die Stadtverwaltung Klage wegen Gehaltsforderung anstrengen.

In der Frage der Errichtung einer Zwangsinnung für das Malerhandwerk mit dem Geltungsbereiche für Groß-Lichterfelde, Zehlendorf, Schlachtensee, Wannsee, Lankwitz, Südende, Steglitz, Schmargendorf, Kolonie Grunewald und die benachbarten kleineren Orte, fordert soeben der Landrath Stubenrauch in seiner Eigenschaft als Gewerbekommissar alle Handwerker, welche in diesen Orten das Malerhandwerk betreiben, zur Aeußerung für oder gegen die Zwangsinnung auf. Von dem Ergebniß dieser Willensäußerung der Betheiligten hängt die Schaffung einer Zwangsinnung nach den neuen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung bekanntlich ab.

Der Bau einer nach dem Pavillonsystem zu errichtenden neuen Gemeindeschule ist in Groß-Lichterfelde an der Ecke der Zehlendorfer und Kommandantenstraße begonnen worden. Dieses System ist bisher nur in einer Stadt Deutschlands, in Ludwigshafen, angewendet worden, wo eine derartige Schule mit 32 Klassen besteht, so daß also die Lichterfelder Anstalt die erste Pavillonschule im preußischen Staate sein wird. Von den sechs Pavillons, die für diese Anstalt vorgesehen sind und zusammen 24 Klassen enthalten sollen, werden zunächst zwei errichtet und bis zum 1. April 1899 fertiggestellt werden. Die neue Anstalt soll nämlich zur Entlastung der Gemeindeschule in der Dürerstraße dienen, da diese überfüllt ist. Das Pavillonsystem gewährt den bedeutenden Vortheil, daß bei einer eintretenden Ueberfüllung der vorhandenen Anstalten nicht gleich eine vollständige neue Volksschule erbaut oder fliegende Klassen eingerichtet zu werden brauchen, sondern die Anstalt je nach dem wachsenden Bedürfniß nach und nach ausgebaut werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Wenn man im christlichen Staate den Pflichten der Barmherzigkeit nachkommt, so kann es einem sehr übel bekommen. In Magdeburg waren am 27. August eine Anzahl unglücklicher Frauen und Kinder von einem hartherzigen Hauswirth auf die Straße gesetzt worden. Es bot sich ein herzzerreißendes Bild großstädtischen Elends. Da nahm ein wackerer Arbeiter, dem dies Schauspiel das Herz durchschnitten hatte, seinen Hut, sammelte unter den zahlreichen Personen, welche die ausgesetzten Familien umstanden, und überreichte dann den Unglücklichen den Ertrag dieser Sammlung. Dies sah ein Sicherheitsbeamter des christlichen Staates. Der Schutzmann forderte die Gruppe zum Auseinandergehen auf und stellte dem Arbeiter, der das gute Werk vollbracht hatte, ein Strafmandat in Aussicht. Richtig erhielt der Helfer in der Noth denn auch von der zuständigen Behörde des christlichen Staates die angedrohte Strafverfügung, lautend auf Zahlung von zehn Mark oder zwei Tage Haft, weil er „in der Nacht vom 27. zum 28. August auf dem Breitenwege bei einer Menschenansammlung eine öffentliche Kollekte ohne die gesetzliche Genehmigung, veranstaltet und der Aufforderung des zuständigen Polizeibeamten, dieses zu unterlassen, keine Folge geleistet habe". Ueber die Strafverfügung beantragte der Betroffene gerichtliche Entscheidung, weshalb sich das Schöffengericht dieser Tage mit der Angelegenheit zu befassen hatte.

Der schon erwähnte Schutzmann sprach in der Verhandlung die Vermuthung aus, daß in der Affäre wohl ein Berichterstatter der sozialdemokratischen „Volksstimme" seine Hand im Spiele gehabt habe, weil ein paar Tage nach dem Vorfall die Angelegenheit in diesem Blatte erzählt worden sei. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, den Angeklagten zu bestrafen und zwar mit drei Mark. Der Gerichtshof endlich erkannte auf Freisprechung. Vom Angeklagten sei zwar fahrlässig gehandelt worden, doch habe ein unvermutheter plötzlicher Nothstand vorgelegen. Wie gut ist es doch, daß der christliche Staat so oft die Gelegenheit benutzt, seine wahre Natur zu enthüllen.

Ein abscheuliches Sittenbild wurde in der Verhandlung vor Augen geführt, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stattfand. Der auf der Anklagebank befindliche Maurermeister Johann August Haberstroh war eines schweren Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt, welches bereis im Jahre 1892 begangen sein sollte. Haberstroh litt damals seit längerer Zeit an einer Krankheit, die er sich durch einen lüderlichen Lebenswandel zugezogen hatte. Er war mit dem Aberglauben behaftet, daß er nur durch den Verkehr mit einem sittlich reinen Mädchen von seiner Krankheit befreit werden könne. Im Hause Bülowstr. 56 hatte eine Bekannte von ihm, die Wittwe Krüger, eine Wohnung inne, die sie mit zwei Chambregarnisten, einem Architekten und einer Schneiderin, Marie Str. theilte. Die letztere hatte im Hause den Spitznamen „Die Fromme", weil sie ein äußerst zurückgezogenes, thätiges Leben führte und jede Bekanntschaft mit Männern ängstlich mied. Ihre Wirthin, die Krüger, hatte ihr oft vergebens Fallen gestellt, um sie auf Abwege zu leiten. Als die Krüger von dem Aberglauben Haberstroh's erfuhr, machte sie ihn auf die Str. als ein geeignetes Objekt für seine Zwecke aufmerksam. Sie versuchte eine Zusammenkunft zwischen ihm und ihrer Mietherin herbeizuführen unter der Vorspiegelung, daß der wohlhabende Maurermeister sie liebe und sie heirathen wolle; die Str. ließ sich aber auf nichts ein. Darauf schmiedeten Haberstroh und die Krüger ein teuflisches Komplott, um die Str. zu Falle zu bringen. Der bei der Krüger wohnhafte Architekt feierte am 5. Juli seinen Geburtstag. Er hatte die Krüger sowie die Str. eingeladen, am Nachmittage mit ihm ein Gartenlokal am Kreuzberge zu besuchen. Hier kam wie zufällig Haberstroh hinzu. Dieser unterhielt sich mit dem jungen Mädchen in liebenswürdiger und anständiger Weise. Es wurde Erdbeerbowle und Bier getrunken, wobei Haberstroh seine Nachbarin fleißig zum Leeren des Glases nöthigte. Schließlich wurde die Str. angetrunken; sie verlangte nach Hause. Haberstroh gab an, denselben Weg zu haben, und ging mit ihr. Unterwegs überredete er sie, mit ihm in.

einer Weinstube einzukehren. Als sie diese verließen, war die Str. ihrer Sinne nicht mehr mächtig. Haberstroh führte sie in einer Droschke nach Hause. Am folgenden Morgen war sie der Verzweiflung nahe. Sie wurde aufs Krankenlager geworfen, hat lange Zeit in der Charitee zubringen müssen und wird zeitlebens einen siechen Körper behalten.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Ausschluß von mildernden Umständen, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und zehnjährigem Ehrverlust verurtheilte.

Seine Helfershelferin, die Wittwe Krüger, ist bereits früher wegen Kuppelei mit einem Jahre Gefängniß bestraft worden.

Eine maßlose Rohheit kennzeichnete die Handlungsweise, welche gestern den Arbeiter Johann Berndt unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Es wurde erwiesen, daß der Angeklagte sein achtjähriges Töchterchen, angeblich wegen Ungehorsams, in barbarischer Weise gezüchtigt hatte. Er hatte es an den Haaren in die Höhe gezogen, mehrmals herumgewirbelt und zu Boden geworfen. Dann schlug er das Kind mit einem dicken Knüppel über den Arm, daß der Knochen an zwei Stellen brach. Hausbewohner brachten die empörende That zur Anzeige, worauf der Angeklagte den Schmied Neumann, den er zu unrecht im Verdacht hatte, an der Anzeige betheiligt zu sein, überfiel und arg zurichtete.

Der Gerichtshof verurtheilte den Gewaltsmenschen zu einem Jahre Gefängniß.

In Sachen Rothenburg hat jetzt endlich die s. Z. angegangene hiesige Staatsanwaltschaft I nach Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft den Referendar Rothenburg als Bevollmächtigten seiner Mutter beschieden. Damit fallen die Anträge der Staatsanwaltschaft auf Entmündigung des Herrn R. auch in dieser Hinsicht zusammen. In der Sache wird noch gemeldet: Die Stadt Berlin und der Oberpräsident haben bei der Staatsanwaltschaft I erneute Anträge nach obiger Richtung gestellt, weil diese sich durch jene Anzeige hinsichtlich der Frau R. beschwert erachten. Termin in dieser Sache steht jetzt am 17. Oktober bei dem königl. Amtsgericht I (A.-G.-R. Partisch) nunmehr an, nachdem dasselbe Amtsgericht I auf Mitveranlassung der Staatsanwaltschaft I jedwede Aufhebung der Entmündigung der Frau Bauneister Rothenburg z. Zt. abgelehnt hat. Das gekennzeichnete Verfahren gegen den Referendar Rothenburg, die einzige Stütze seiner Mutter in diesem achtjährigen Kampfe, giebt zu merkwürdiger Betrachtung über diese einzig dastehende Sache um so mehr Anlaß, als die „pekuniär-betheiligten Angehörigen" in ihren Schriftsätzen behaupten, daß bereits in dem Termin des 17. Oktober die Entmündigung des Herrn Rothenburg beabsichtigt werden soll und zwar ohne jedes weitere Gutachten.

Viel Aufsehen erregt ein Prozeß, der vor dem Hamburger Schwurgericht verhandelt wurde. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zu grunde: Im August 1897 wurde der bis dahin unbescholtene Speicherarbeiter Th. Mundt vom Hamburger Landgericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er seinem Prinzipal chinesische Bastmatten unterschlagen haben sollte. Er bestritt die That entschieden, wurde aber hauptsächlich auf grund eines außergerichtlichen früheren Geständnisses einem Polizeibeamten gegenüber verurtheilt, obwohl der Inhalt des Geständnisses mit dem objektiven Thatbestand sehr wenig übereinstimmte und obwohl M. betheuerte, er habe das angebliche Geständniß nur gemacht, um auf freiem Fuße bleiben zu können, denn der recherchirende Polizeibeamte habe ihm gesagt, wenn er gestehe, werde er mit 25 M. Geldstrafe davonkommen und bleibe auf freiem Fuße; leugne er, so werde er im Augenblicke verhaftet. Ueber diesen Fall erschien im „Hamburger Echo" eine längere Besprechung, in der besonders die Art, wie das „Geständniß" zu stande gekommen war, einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Wegen dieses Artikels, in dem eine Beleidigung des Polizeibeamten, der die Recherchen geführt hatte, gefunden wurde, wurden dessen Verfasser, der Journalist E. Krause, und der verantwortliche Redakteur des „Echo", G. Wabersky, zu 200 resp. 50 M. Geldstrafe verurtheilt. In diesem Beleidigungsprozeß wurde auf Antrag des Staatsanwalts der frühere Angeklagte Mundt, der seine 3 Monate Gefängniß schon verbüßt hatte, als Zeuge vernommen. Er bestätigte unter Eid den thatsächlichen Inhalt des Artikels im „Echo" und bestritt auch unter Eid, die Unterschlagung, wegen deren er verurtheilt war, begangen zu haben. Infolge dessen wurde er wegen Meineides angeklagt. Nach einer sehr eingehenden Beweisaufnahme kamen die Geschworenen jedoch auch zu der in dem erwähnten „Echo"-Artikel vertretenen Ansicht, daß M. früher vom Landgericht zu unrecht verurtheilt sei, daß er die Unterschlagung nicht begangen und daß er auch keinen Meineid geleistet habe. Nach nur wenige Minuten währender Berathung sprachen sie M. frei und der Gerichtshof entließ ihn sofort aus der Haft. M. hat nun drei Monate unschuldig im Gefängniß und nahezu sieben Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen. Jedermann, der der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung ohne Vorurtheil beigewohnt hat, hat die Ueberzeugung gewonnen, daß an dem unglücklichen M. damals von dem Landgericht ein bedauerlicher Justizirrthum begangen ist. Der Vertheidiger des M. im Schwurgericht hat auch die Absicht, im Wege des Wiederaufnahme-Verfahrens die formelle Aufhebung des früheren Urtheils zu erlangen zu versuchen. In Richter- und Anwaltkreisen, aber auch in weiteren Kreisen der Bevölkerung hat die Sache begreifliches Aufsehen erregt.

Aus Halle a. S. wird uns berichtet: „Noch ein „Schutzmann", wie er nicht sein soll, ist der frühere Polizeisergeant Ernst Kindler von hier, der sich vor der Strafkammer wegen Vergehens im Amte und Mißbrauch der Amtsgewalt zu verantworten hatte. Er hat am 7. August d. J. als Beamter ein Dienstmädchen ohne Grund arretirt und ihm unsittliche Anträge gestellt. Ferner belästigte er noch ein anderes Mädchen, das in der Nähe des Galgenberges mit einem Soldaten promenirte, mit unsittlichen Anträgen und drohte dabei der Beängstigten, nachdem er sie in eine Seitenstraße gelockt hatte, er werde sie unter sittenpolizeiliche Kontrolle stellen, wenn sie sich ihm nicht hingebe. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebniß, daß der Angeklagte wegen Vergehens gegen § 339 des Strafgesetzbuches zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt wurde.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter tagte am 9. Oktober bei Ebert, Kommandantenstraße. Dr. Friedeberg sprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Schwindsucht und ihre Heilung in den Volksheilstätten. Diskussion fand nicht statt. Alsdann wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen, der lautete: Wie stellen wir uns zum nächsten Berufskongreß? Hoffmann wies darauf hin, daß es ihm angebracht erscheine, im Anschluß an die Generalversammlung des Zentralverbandes einen Kongreß abzuhalten, der über die Fragen verhandeln und beschließen kann, die auf der Generalversammlung nicht erörtert werden. Redner erläuterte sodann die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung und ersuchte, diesen Kongreß durch Delegirte zu beschicken. Die Wahl derselben findet in der nächsten öffentlichen Versammlung statt. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Betheiligung aus und wurde demgemäß beschlossen. Brüschke beantragte zu Punkt 1 der Tagesordnung, man möge verlangen, daß sämmtliche im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeiter unter das Unfallversicherungs-Gesetz gestellt werden. Dreher stellt den Antrag, die Gefährdung des Koalitionsrechtes auf die Tagesordnung zu setzen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Brüschke wünschte, daß der Kongreß die Anstellung von Handels-Inspektoren fordert. Nach einer Aufforderung des Vertrauensmannes, recht fleißig für den Vertrieb der Widerstandsfonds-Karten zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Maurer der zentralen Richtung hielten am Montag eine Versammlung in der Tonhalle ab. Dem Situationsbericht, den der 2. Vorsitzende Schulz erstattete, war zu entnehmen, daß auch in der letzten Zeit wieder einige größere Arbeitseinstellungen zu verzeichnen sind und zwar zwecks Erringung des 60 Pf.-Stundenlohnes, Einführung einer geregelten Arbeitszeit, oder wegen Maßregelung und auch wegen brutaler Behandlung der Arbeiter seitens des Poliers. Ein Abwehrstreik wegen Lohnreduzirung, an dem die zentralisirten Maurer ebenfalls betheiligt sind, ist in Rüdersdorf ausgebrochen. Eine größere Aussperrung hat am Schulhau in Schöneberg wegen Verweigerung der Akkordarbeit seitens der Gesellen stattgefunden. Von den erledigten Bausperren sind einige durch die bekannten Maßregeln seitens der Behörde und das Vorgehen der vereinten Streikbrecher, der Akkordmaurer, zu ungunsten der Ausständigen verlaufen. Der Redner führte mehrere Fälle an, wobei die Akkordmaurer in der rohesten und in gewaltthätiger Weise gegen die ausständigen Maurer vorgegangen sind. Um diesen Leuten, die nur darauf lauern, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, das Handwerk zu legen, räth der Redner, die Arbeitseinstellungen wegen solcher Konflikte möglichst zu vermeiden. Es ist bereits seit dem 8. September bis 1. Oktober bei 17 Bauten, wo Maßregelungen einzelner Kollegen vorgekommen sind, von der Arbeitseinstellung abgesehen worden. In der dem Bericht folgenden Diskussion befürwortet Fritzsch, den Versuch zu machen, auf dem Wege der Unterhandlungen mit der Vereinigung der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf eine bestimmte Dauer einheitlich festzulegen, um auf diese Weise den Kampf in der gegenwärtigen Form möglichst zu beseitigen. Die Grundlagen zu einer Verständigung und die Garantie, daß die event. Abmachungen zur Durchführung gelangen, sei jetzt dadurch gegeben, daß mindestens sieben Achtel der Maurer Berlins und der Umgegend organisirt sind und kaum 1000 einer Organisation fern stehen. Der Verband allein zählt in Berlin und Umgegend ca. 5500 Mitglieder. Wie noch mitgetheilt wurde, werden zur Zeit Erhebungen über die Mißstände auf den Bauten vorgenommen und soll das Ergebniß, wie im vorigen Jahre, zusammengestellt und in geeigneter Weise zur Veröffentlichung gelangen. Hierauf gelangte eine Resolution zur Annahme, nach welcher, dem Vorschlage Fritzsch entsprechend, die Lohnkommission beauftragt ist, im Anschluß an die erwähnten Erhebungen eine öffentliche Versammlung einzuberufen und in der die Kommission eine Resolution mit den genau präzisirten Forderungen zu unterbreiten hat. Die Versammlung wird sodann über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen. Nachdem noch beschlossen worden war, einigen Mitgliedern die übliche Unterstützung zu gewähren, wurde P. Brandt als Schriftführer gewählt. Die Wahl eines Ausschußmitgliedes, sowie die von zwei Revisoren, wurde vertagt. Die Abrechnung vom letzten Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 668,30 M. und eine Ausgabe von 417,20 M., so daß ein Ueberschuß von 251,10 M. zu verzeichnen ist. Die Quartalsabrechnung, die wegen der Erkrankung des Kassirers bisher nicht gegeben werden konnte, soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Ein Antrag, zur Gründung einer Bibliothek 300 M. aus dem Lokalfonds zu bewilligen, wurde gleichfalls der nächsten Mitglieder-Versammlung überwiesen.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Mittwoch in Hensel's Saal eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Die unfreiwillige Agitation des Herrn Dopp sen., der einem Arbeiter verboten, vor seiner Fabrik „hetzerische" Zettel für diese Versammlung zu vertheilen, schien ihren Zweck nicht verfehlt zu haben. Räther legte in einem längeren Vortrage dar, daß die Metallarbeiter, wollen sie einen aussichtsvollen Kampf gegen die fortschreitende Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse führen, sich in erster Linie besser als bisher organisiren müssen, daß aber weiter die Nothwendigkeit vorliege, die Organisation gegen Arbeitslosigkeit im Verband zu versichern, um somit zu verhindern, daß das Unternehmerthum wie bisher das freieste Spiel mit den Arbeitskräften habe. Redner stellt in Aussicht, daß diesbezügliche Anträge der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes unterbreitet werden sollen. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenem wird von mehreren Seiten gewünscht und aufgefordert, daß die anwesenden Vertreter der Firma Dopp sich zu dem ihre Firma betreffenden Fall äußern mögen. Nach längerem Zaudern erklärt einer der Herren, daß sie nicht im Auftrage der Firma, sondern aus „gewissem Interesse" anwesend seien, was seitens der Versammlung mit Lachen beantwortet wurde. Nachdem Räther noch auf die Nothwendigkeit der Wahl von Vertrauensmännern in allen Betrieben hingewiesen und nochmals die Nothwendigkeit der Organisirung sämmtlicher Metallarbeiter hervorgehoben, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Eine öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen fand am Mittwoch in den Arminhallen statt. Der Referent Swienty erörterte in seinem Vortrag die „Zwecke und Ziele des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands". Im Verlauf der letzten Jahre, meinte der Redner, ergab sich für die Kaufleute die Nothwendigkeit für ein einheitliches Vorgehen in Agitation und Organisation der beiden auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden kaufmännischen Vereinigungen. Die Einigung ist nunmehr in der Weise erfolgt, daß durch beiderseitige Auflösung der alten Organisationen der neue Zentralverband gegründet und als Organ desselben das bisher in Hamburg erschienene „Handlungsgehilfen-Blatt", vom 1. November d. J. ab alle 14 Tage in Berlin erscheint. Nur mit dieser Bedingung seitens der Berliner ist „Der Handelsangestellte" mit dem früheren Hamburger Organ verschmolzen worden. In gleicher Weise ist die Ausarbeitung der Statuten erfolgt, mit Gewährung von Rechtsschutz und Unterstützung bei Stellungslosigkeit. Das Organ ist für die Verbandsmitglieder obligatorisch eingeführt. Als nächstliegendes Ziel erstrebt der Verband für männliche und weibliche Handelsangestellte: die achtstündige Arbeitszeit; Achtuhr-Ladenschluß; Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen; für Besuch derselben bei Tageszeit; Beseitigung der im „Handels-Gesetzbuch" bestehenden Konkurrenzklausel; Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Anschluß an die Gewerbegerichte 2c. In der Diskussion erklärten einige Redner, daß sie nur schweren Herzens den Schritt mitmachen, sich aber nicht abseits von den übrigen Kollegen stellen wollen. Als Bevollmächtigte für Berlin wurden Friedländer, als Stellvertreter Philippsohn, einstimmig in Vorschlag gebracht. Als Redakteur des Verbandsorgans fungirt Swienty und Alb. Kohn als Expedient, Hinze und Wiebe als Revisoren. Zum Schluß der Versammlung theilt der Vorsitzende mit, daß am Montag, den 17. Oktober abermals eine öffentliche Versammlung der Kaufleute in den Arminhallen stattfindet, in der Maaß referiren wird.

Die Holzarbeiter waren am Mittwoch sehr zahlreich bei Keller in der Koppenstraße versammelt, um den Bericht über die Streiks bei Fork, Kretzschmar u. Ko. und bei der Firma Keller, Königsbergerstraße 4, entgegen zu nehmen. Aus sämmtlichen Reden der Arbeiter von Fork, Kretzschmar u. Ko. ging hervor, daß in den Werkstätten ganz unwürdige Verhältnisse herrschen. So hätten in einem Saal während eines Vierteljahres 45 Gesellen die Arbeit aufgegeben. Es sei eben nicht möglich, bei den festgesetzten Preisen eine Arbeit fertig zu machen. Dadurch würde dann, da die angefangenen Stücke im Lohn fertiggestellt werden, oft das doppelte bezahlt, was ausgeworfen ist. Das wird allerdings der Firma unbekannt sein, da der Meister Schwarzbach durch allerlei Manipulationen den Ausfall decke. Dadurch halte er aber auch die niedrigen Preise und so gingen die unerfahrenen Gesellen immer wieder auf den Leim. Es sei die Rede, daß die Firma die Werkstatt aufgeben wolle; das könne nicht stimmen, da sie immer noch Holzarbeiter suche. Sie wolle nur recht gefügige Arbeiter haben, darum hätte sie auch die Forderungen, bei 90 Artikeln auf 34 Aufschlag, im ganzen 255,50 M., rundweg abgelehnt. Den schon bestehenden Werkstattausschuß, der bei neuer Arbeit die Preise vereinbaren solle, wollen die Streikenden auch anerkannt wissen. Die Firma zahle nicht mehr das, was sie 1890 schriftlich bewilligt habe. Ein anwesender Meister ruft, als erklärt wird, daß für eine Arbeit nur 90 M. gezahlt werden, er zahle für dieselbe Arbeit 150 M. Von allen Rednern wird die Meinung ausgesprochen, daß die besseren Geschäfte ja jetzt Gelegenheit hätten, mit den Arbeitern die Schundkonkurrenz zu beseitigen. Sie sollten doch die Streikenden unterstützen, dann würden auch die Schundpreise verschwinden und die Arbeit wieder besser werden. Daß die von Fork, Kretzschmar u. Komp. gelieferten Möbel gerade nicht die besten sein können, beweist die Thatsache, daß stets drei bis vier Kundentischler unterwegs sind, die die Schäden repariren müssen.

Von der Firma Keller wird berichtet, daß bei ihr die Arbeiter durch Ausnutzung aller Vortheile und Kräfte auf einen ziemlich hohen Durchschnittslohn kommen. Sonst aber stünden die Arbeiter sehr schlecht. Am Sonnabend wäre der Firma der neue Tarif überreicht worden. Am Montag hätten die Arbeiter auf eine Anfrage vom Meister die Bedeutung erhalten, sie könnten ja gehen. Die Kommission der Freien Vereinigung der Holzindustriellen könne erst in zwei, drei Wochen über den Fall beschließen. Das sei natürlich nicht wahr. Maaß weist noch ganz entschieden die Behauptung zurück, als sei der Streik frivol entstanden; denn die Meister hätten ja auch 10 pCt. aufgeschlagen. Glocke meint, es müsse bald Stellung zu den Werkstätten genommen werden, die an Fork, Kretzschmar u. Komp. liefern, da diese Firma vor allem Handelsfirma sei. Die Innungsmeister sollten nicht die Gelegenheit verpassen, sich die Schwindelkonkurrenz, wie sie dieselbe in ihren Versammlungen stets kennzeichnen, vom Halse zu schaffen. Sodann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammlung erklärt, daß sie mit den Streikenden einverstanden ist und für Anschluß an die Organisation auffordert. Ferner bedauert sie, daß die Meister nicht in Verhandlung treten, um dem Streik aus dem Wege zu gehen, der nur als letztes Mittel benutzt wird.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Nationalökonomie (Grundzüge der Wirthschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen); Vortragender: Schriftsteller Max Schippel. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. „Dietzgen", Schröder, Wiesenstraße 39. — „Karl Marx", Naumann, Blücherstr. 42. — „Stralau", Girbig, Stralau Nr. 17. — „Reimer", Seidel, Gerichtstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiser'scher Männerchor", Wernau, Schwedterstr. 23/24. — „Nord", Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I", Lübbke, Melchiorstr. 15. — „Buchbinder-Männerchor", Schöning, Köpnickerstr. 68. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Pfarr, Puttlitzstr. 10. — „Moigslächen", Sachs, Lindowerstr. 36. — „Gemüthlichkeit" (Pauer), Krüger, Seydelstr. 30. — „Morgenroth II", Charlottenburg, Krause, Bismarckstr. 74. — „Typographia", Cohn, Beuthstraße 20. — „Georgina", Schwalbe, Lausitzer Platz 8. — „Vorwärts III", Friedrichsfelde, Bube, Friedrichsfelder Prinzen-Allee 30. — „Rheingold", Feind, Weinstr. 11. — „Rosenthaler Vorstadt", Swinemünderstr. 26. — „Iris", Streit, Naunynstr. 86. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Liberté", Vogel, Wrangelstr. 78. — „Freie Liedertafel", Mann, Strausbergerstr. 3. — „Nordwacht", Mühbrodt, Müllerstr. 7. — „Sängerkreis", Weißensee, Schulz, Elsasserstr. 61. — „Eintracht III", Eberswalde, Hagewald, Eisenbahnstr. 66. — „Völkerfrühling" (Stuckateure), Greiter, Oranienstr. 109. — „Neue Zeit", Schmidt, Rammlerstr. 28. — „Liederkranz", Brandenburg a. H., Bergstr. 6. — „Freiheitsglocken", Kurze, Dunckerstr. 2. — „Klingmüller'scher Männerchor", Weißensee, Köntz-Chaussee 38. — „Treber'scher Gesangv.", Schulz, Zorndorferstr. 8. — „Karthaus-Kummer'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Freie Sänger II", Spandauer Brücke 13. — „Eintracht", Rixdorf, Habenschneider, Hermannstr. 197. — „Treptow" in Treptow, Scheer, Baumschulenweg. — „Metallarbeiter-Osten", Tapert, Markusstr. 14. — „Treue", Louisenstädtische Vereinshallen, Waldemarstraße 13. — „Arion III", Rixdorf, Ritsche, Hermann- und Herrfurthstraßen-Ecke. — „Sangesblüthen", Zimmermann, Marsiliusstr. 8. — Gesangverein „Maurer-Rixdorf-Britz", Rixdorf, Münzer, Bergstr. 162.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Freitag:** „Germania", Kubatzki, Arndtstr. 25.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Athletenv. „Felsenfest", Büttcher, Kraustr. 6. — Tanzlehrerv. „Solidarität", Stabernack, Inselstr. 10. — Musikv. „Arion", Gabriel u. Jäger, Zehdenickerstraße. — Rauchkl. „Ohne Zwang", Spät, Weinstr. 28. — Turnv. „Gesundbrunnen", abends v. 8½ bis 10½ Uhr: 1. Männerabth., Paulstr. 9—10. — Turnv. „Osten", Blumenstraße 60a, 8½—10 Uhr (Erholungsabth.); Kraustr. 49, von 8—9½ Uhr (Damenabth.). — Zitherkl. „Frohsinn", Zimmermann, Grüner Weg 29. — Musikv. „Allegretto", Blücherstr. 38. — Stammkneipe „Gemüthlichkeit", Restaurant Patzenhofer, Lausitzer Platz 10. — Stammkneipe „Geschlossener Grund", Gäbbke, Kraustr. 6.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag. Turnv. „Fichte", Berlin. Abds. von 8—10 Uhr: 2. Männerabth. Stalitzerstr. 55—56. 4. Männerabth.: Stephanstr. 3. 5. Männerabth. Ackerstr. 67. 6. Männerabth. Stallschreiberstraße 54. 1. Lehrlingsabth. Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsabth. Boeckhstr. 21. 1. Damenabth. Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerschaft", Rixdorf-Britz. 3. Schülerabth. von 6½—8½ Uhr. 3. Männer- und Lehrlingsabth. von 8½—10½ Uhr abds., Hoffmann, Bergstr. 151/152. — Turnerschaft d. W. „Nereus", Männerabth. von 8—10 Uhr abds., Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden Freitag im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1862. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Zahlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

Stat. In Spielangelegenheiten geben wir keine Auskunft.

R. Z. 75. Zu 1: „Volkstribüne", Königsberg i. Pr., Knochenstr. 32. Zu 2: „Volkswacht", Breslau, Gruppenstr. 6.

Abonnent Prenzlau. Das kann als Urkundenfälschung betrachtet werden, würde aber gelinde bestraft. — **G. S. 11.** 1. An die Staatsanwaltschaft oder an die Polizei müßten Sie sich wenden. 2. und 3. Das ist möglich. — **A. H. 53** und **S. 25.** Klagen Sie auf Abstellung der Schäden beim Amtsgericht. — **Sohn.** 1899: Der Ort steht auf den Anschlagssäulen. — **K. R. R.** Der von Ihnen beschriebenen Art der Trauung steht nichts im Wege. — **P. Gerhardt.** Den Vorschuß müssen Sie zahlen.

Witterungsübersicht vom 13. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	ONO	3	bedeckt	8	Haparanda	769	N	2	wolkig	−2
Hamburg	759	ONO	2	Regen	8	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	757	NO	2	Regen	8	Cork	753	S	8	Regen	13
Wiesbaden	757	NW	1	bedeckt	9	Aberdeen	763	NW	2	hlb. bed.	8
München	758	W	1	bedeckt	7	Paris	760	SSW	1	wolkenl.	8
Wien	756	W	3	Regen	6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. Oktober 1898.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe, mit etwas Regen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbniss-Verein der **Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins.**

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10½ Uhr, Langestraße 65:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1898.
2. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 40/9

Da sehr wichtige Sachen vorliegen zur Verhandlung, so ist es Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint.

Der Vorstand.

Handwerker s. Reise-Anschluß nach Ausland. Offert an Scholz, bei Mars, Kastanien-Allee 95—96.

Victoria Säle
Apollo-Theater.
Hermannstr. 48-50.
Sonnabend, den 15. Oktober 1898:
1. Stiftungsfest
des
Arbeiter-Radfahrer-Vereins
„Greif" Rixdorf 1897
(Mitgl. d. Arb.-Radf.-B. „Solidarität").
Konzert u. Theater-Vorstellung
unter gütiger Mitwirkung
des Theater-Vereins „Humor" und des Orchester-Chors „Vorwärts".
Hierauf: **Tanz-Kränzchen.**
Die Musik wird von Zivil-Berufsmusikern ausgeführt. 268/10
Anfang 8½ Uhr. — **Programm 30 Pf.**
Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Achtung! **Vergolder.** Achtung!

Heute, Freitag, den 14. Oktober, abends 1/2 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen in der „Ressource", Kommandantenstr. 57.

227/10 **Die Kommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–21:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 17. Oktober 1898, abends 8 Uhr:

Branchenversammlung der Galanterie- u. Luxusmöbelarbeiter

in C. Behrend's Festsälen, Mauenfelstraße Nr. 95.

Tages-Ordnung:

1. Wie können wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen? Referent: **A. Mohs.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Angesichts der schlechten Verhältnisse in unserer Branche ist es nothwendig, daß Ihr Alle, Mann für Mann, in dieser Versammlung erscheint. 108/6 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Einsetzer!

Sonntag, den 16. Oktober 1898, vormittags 11 Uhr, im Lokal von Schöning, Köpnickerstraße 68:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie steuern wir der Arbeitslosigkeit? 2. Verschiedenes und Diskussion.

Die Bücher sind mitzubringen und vorzulegen. Aufnahme und Entgegennahme von Beiträgen jeden Sonntag in obigem Lokal während der Morgensprache.

Um zahlreichen Besuch bittet **Die Kommission.**

Verein deutscher Schuhmacher

(Schäftebranche) Filiale 5.

Sonnabend, 15. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Versammlung.

Vortrag des Herrn **Adolf Hoffmann** über: „Das Arbeiterelend und dessen Abhilfe."

Kollegen als Gäste willkommen. 272/9

Achtung! Mitglieder der Achtung!

Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Filiale Berlin 3.

Da uns Umstände halber unser bisheriges Versammlungslokal des Sonnabends Abend nicht mehr zur Verfügung steht, so fällt die Versammlung am 15. d. M. aus, und findet die **Mitglieder-Versammlung** am **Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr,** im Restaurant **Liewald, Manteuffelstr. 47,** statt. Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Regelung der Angelegenheit betreffs Versammlungslokal. 3. Verschiedenes. 119/11

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder nothwendig.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Zimmerer!** Achtung!

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20:

General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. der Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1898. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Neuwahl des Gesammt-Vorstandes. 5. Vereins-Angelegenheiten. 258/1

Um pünktlichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Zimmerer.

Sonntag, den 16. Oktober 1898, Vormittags 10 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20:

Versammlung

der Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Friedrichsberg, Rixdorf, Pankow, Weißensee, Gr.-Lichterfelde.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal und des örtlichen Fonds. 2. Von wann ab führen wir die neue Sammelkarte ein? 3. Wie lange bleibt die in der letzten Versammlung beschlossene Erhöhung der Beiträge zum örtlichen Fonds bestehen? 4. Verschiedenes. 261/8

Diese Versammlung ist für alle Verbandskameraden der oben genannten Zahlstellen von großer Wichtigkeit; es muß daher jedes Mitglied in der Versammlung zugegen sein. **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschl.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 16. Oktober 1898, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des 1. Bevollmächtigten und des Kassirers. 2. Neuwahl der gesammten Ortsverwaltung. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt.

In anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wird erwartet, daß jedes Mitglied in dieser Versammlung erscheint.

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

des

Fachvereins der Holz- und Bretterträger

Berlins und Umgegend

im Lokal von Ewald, Schönleinstraße Nr. 6.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. 84/12

Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vorstand.**

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1898. 2. Bericht über die Bibliothek. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billete zu dem am 22. Oktober stattfindenden Stiftungsfest. 199/4 **Der Vorstand.**

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Koulante Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

Achtung! Achtung!

Zimmerer Rixdorf's.

Sonnabend, den 15. Oktober 1898, in Hoffmann's Festsälen, Bergstraße 152/153:

9. Stiftungsfest

des Zentral-Verbandes der Zimmerer Deutschlands

(Zahlstelle Rixdorf),

verbunden mit **Konzert** und **Vorträgen,** unter Mitwirkung d. Theater-Gesellschaft **Strzelewicz** und des Zitherklubs **„Edelweiß".**

Die Musik wird von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker (Dirigent: Heine) ausgeführt. 261/7

Nach dem Konzert: **BALL.**

Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kassenöffnung 1/2 8 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Programme 25 Pf.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Achtung! Achtung!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Sonntag, den 16. Oktober 1898:

II. Stiftungsfest

in **Keller's Festsälen,** Koppenstrasse 29.

Vokal- und Instrumental-Konzert.

Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.

Von 6 Uhr an: Tanz. 247/15

Brauerei Friedrichshain (früher Lipps.)

Sonnabend, den 15. Oktober 1898:

Großes Konzert,

veranstaltet von den Vereinen

Gerechtigkeit, Freiheit und Frühlingsluft

(M. d. A.-S.-B.)

unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Schönberger** und unter Mitwirkung des Konzert- und Oratoriensängers Herrn **A. Heinemann,** des Opernsängers Herrn **Leo Gollanin,** des Pianisten Herrn **H. Berger,** und des Violin-Virtuosen Herrn **Walter P. Smith.**

Programm:

I. Theil.

1. a) Festgesang ..... Uthmann.
   b) Saat und Ernte .. Himmel.
   Die Vereine.
2. Air varié ..... Bieuxtemps.
   Herr Smith.
3. a) Lied aus d. Postillon Adam.
   b) Zauberlied .. Meyer-Hellmund.
   Herr L. Gollanin.
4. a) Romanze ..... Wilhelmi.
   b) Spanischer Tanz . Rehfeldt.
   Herr Smith.
5. a) Drei Wanderer .. Hermann.
   b) Stelldichein ..... Schumacher.
   Herr A. Heinemann.

II. Theil.

„Columbus"!

Für Männerchor, Soli u. Pianofortebegleitung von **Brambach.**

Männerchor .... Die Vereine.
Dirigent ..... Herr Schönberger.
Columbus ..... „ Heinemann.
Der Führer .... „ Gollani.
Klavier ..... „ Berger.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Einlaßkarte 30 Pfennig. [66/4] **Tanz 50 Pfennig.**

Anfang 8 Uhr.

Einlaßkarten zu haben bei **Weisheit,** W., Lutherstraße 13; **Corodonof,** Alte Jakobstr. 90; **Wegner,** Schöneberg, Brunhildstr. 14.

Es ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Arbeiter-Bildungsverein Grünau.

Sonnabend, den 15. Oktober 1898,

im Lokal von G. Lindenhayn, Friedrich- u. Wilhelmstr.-Ecke:

V. Stiftungs-Fest.

Konzert. Gesangsvorträge des Gesangvereins **Schneeglöckchen,** Rixdorf. Anfang 8 Uhr. Freunde und Bekannte sind gütigst eingeladen. [268/11

Großer öffentlicher Vortrag

für Damen und Herren

im **„Neuen Naturheilverein"**

im „Cösliner Hof", Berlin N., Cöslinerstrasse No. 8,

Sonntag, den 16. Oktober 1898,

nachmittags 4 Uhr, spricht

Frl. M. Kube, Naturheilkundige,

über **Erkältungs-Krankheiten,**

spec. Rheumatismus und Gicht

Entstehung und Heilung nach der Naturheilkunde.

Nach dem Vortrage findet ein **Tanzkränzchen** statt.

Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Geschäftsstelle des Vereins: **Berlinerstr. 125, III.** 1531b

---

Soeben ist erschienen: 15145*

Berliner Arbeiter-Kalender.

V. Jahrg. 1899, 88 S. Oktav, reich illustrirt. Preis nur 15 Pf.

In allen Buchhandlungen, Papierhandlungen, Zeitungsspeditionen zu haben, auch beim Verleger

Th. Mayhofer Nachf.,

Berlin N., Weinbergsweg 15b.

„Hülfe!" **„Hülfe!"**

Ohne ärztliche Untersuchung

kann jede männliche sowie auch **jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse **„Hülfe"** für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der **„Hülfe",** Berlin SO, Skalitzerstr. 82. I (am Schlesischen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! [61909*

Brauerei zur Hopfenblüthe

Wiesenstraße 43 **Berlin N.** Wiesenstraße 43

empfiehlt ihr aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes

Berliner Weißbier u. Breslauer Weizenbier

in Fässern von 5 Ltr. 0,55 M. oder 10 Ltr. 1.10 M. frei ins Haus.

Täglich Jungbier-Verkauf von morgens bis abends à Liter 10 Pf. nur in der Brauerei.

62442* **Rudolf Frömchen, Brauereibesitzer.**

Karol Weil's Karola

Lieblingsseife der Damen,

verwäscht sich langsam und ist daher sehr billig.

Achtung! **Kistenmacher.** Achtung!

Sonnabend, den 15. Oktober cr.:

16. Stiftungs-Fest

in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20

arrangirt vom

Interessen-Verein der Kistenmacher.

Polonaise, Bonbonregen, komische Vorträge etc.

Anfang 8 Uhr. — Entree Herren 50, Damen 30 Pf.

Billets sind bei allen Vorstands-Mitgliedern zu haben. 94/20

Um recht regen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Central-Festsäle (Central-Theater).

Fernsprecher Amt IV No. 2770. **Alte Jakobstr. 32.** Fernsprecher Amt IV No. 2770.

Vergröss. Festsäle mit neuer Bühne u. elektrischem Licht.

Säle für Gesellschaften, Hochzeiten, Festlichkeiten und **Versammlungen** von 100 bis 1000 Personen.

Einige Sonnabende u. Sonntage noch frei.

Gefl. Bestellungen erbitte in meiner Stehbierhalle

Rechtsbureau.

Rath in Zivil- und Kriminalsachen, Anfertigung von Klagen, Gesuchen, Verträgen, Cessionen, Testamenten 2c., sowie kostenfreie Einziehung von Forderungen. **Zimmerstr. 57. I, 9–1, 4–7 Uhr.** 62032*

Charlottenburg Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. Jeden Sonntag: Familienkränzchen wozu ergebenst einladet 62067b **H. Wernicke.**

Westend, Charlottenburg, Parkrestaurant, Kastanien-Allee 1, Ecke Spandauer Berg, sind Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben sowie zwei verdeckte Kegelbahnen. [6061L*] **F. Karl** und **H. Heinrich.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Arbeiterverein, welcher gewillt ist, Anfang Dezember zu einem **Vergnügen** in Puhlmann's Lokal mit beizutreten, wird gesucht. Restaurateur Heidrich, Dunckerstr. 2a. 1533b

---

Achtung! Achtung!

Empfehle allen Kollegen u. Genossen mein Restaurant 62522*

„Zur Metallarbeiter-Börse",

Mahnerstr. 21 (nahe d. Frankf. Allee).

Zahlstelle des Metallarbeiter- und Buchbinder-Verbandes.

W. Hansen.

Flora-Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17. 1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger.

Sonnabende 29. Oktober, 26. Nov., 10. u. 17. Dezbr. **frei!**

Zwei Vereinszimmer

zu 40 und 20 Personen vergiebt 15365 **Szymansky,** Elsasserstr. 9.

Adlershof.

Den geehrten Vereinen zur gefl. Kenntniß, daß ihnen mein **Tanzsaal** jeden Sonntag zur Verfügung steht, da mir seitens des Amtsvorstehers zu Adlershof, v. Oppen, jede öffentliche Tanzlustbarkeit abgeschnitten ist.

Hochachtungsvoll [6015Q*

Paul Schmauser, Bismarckstr. 16.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [6103Q*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Meyer's, Brockhaus' Lexikon, auch einzelne Bände, und andere Bücher beleiht und kauft Antiquariat Kochstr. 66, 1 Tr. Fernsprecher IV, 895.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 61652*

Theilzahlung

ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.

Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,

Lothringerstraße 48 I,

dicht am Rosenthaler Thor.

Betten, Steppdeck., Gardin., Portièr., Stores, Wäsche, Waffeldecken, **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Opernglä. verk. spottbill. **Pfandleihe, Neanderstr. 6.**

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8–12 Mark feine Hosen nach Maß. [6265Q*

Riesenstofflager

Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Bessere Schlafst., auch möbl. Zim., sep. Eing., für Herrn, z. 15. oder 1. Kottbuserstr. 2, 3 Tr. bei Pawleck.

Frdl. Schlafst. Georgenkirchstr. 37a, 2. Hof 2 Tr. links. 1537b

---

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Bei der Firma

Fork, Kretschmar u. Co.

Barnimstr. 13,

(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Ebenfalls bei der Firma

Robert Keller,

Königsbergerstrasse 4.

Zuzug fernhalten!

108 **Die Ortsverwaltung.**

Möbelpolirer!

Bei **Glogowski & Comp.,** Chausseestraße 2o, haben sämmtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 147/8

Zuzug ist fernzuhalten!

Der Vorstand des Verbandes.

„Hülfe", [104/10*

Krankenkasse für Deutschland, sucht in **Berlin** und **außerhalb** fleißige **Vertreter** gegen gute Bezüge. Meldungen Subdirektion, Halleschestr. 9, I.

Einen **Barbierlehrling** verlangt **Schlaffke,** Rixdorf, Bergstr. 18.

Hand-Knopflochnäherinnen

werden gegen hohe Löhne in und außer dem Hause verlangt von 14598* **Wolff u. Lachmann,** Wäschefabrik, Brunnenstr. 192.

Wendefrauen sucht [1500b **Filzschuhfabrik,** Landsbergerstr. 92.

Kartonarbeiterinnen

verl. Angreß, Alte Jakobstr. 8.

Hand-Knopflochnäherinnen

in u. außer dem Hause verlangt **Joh. Boerensson,** Greifswalderstr. 13.

---

2 Einleister 1534b

verlangt **A. Bade,** Ackerstr. 133.

Mamsells auf Jackets verlangt **Steller,** Markusstr. 27.

Arbeiterhemden-Näherin

sucht **Posner,** Münzstr. 20.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 14. Oktober.

Opernhaus. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Maria Stuart. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Haubenlerche. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die weiße Dame. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Jocko's Streiche. Vorher: Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Geier-Wally. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Vor Sonnenaufgang. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Heinrich Heine. Vorher: Eine Ehrlose. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag:
Die Haubenlerche.
Sonnabend:
Bartel Turaser.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Abends 8 Uhr:
Mauerblümchen.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Geier-Wally.
Schauspiel in 5 Akten nach d. Roman von Wilh. v. Hillern, bearbeitet von E. Hildebrandt.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Sonnabend: „Der Hüttenbesitzer". Sonntag Nachmittag: „Die Geier-Wally." Abends: „Robert und Bertram." In Vorbereitung: „Das Käthchen von Heilbronn." Graf Wetter vom Strahl: Cäsar Beck vom Berliner Theater a. G.
Im Tunnel von 7 Uhr an:
Frei-Konzert.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Zum 16. Male:
Jocko's Streiche
Burleske nach dem Englischen in 3 Akten von James Carlisle, deutsch von W. Sallis.
Jocko: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg.
Mit sensationellem Lacherfolge aufgeführt im Volks-Theater in München und im Apollo-Theater in Nürnberg.
Vorher:
Der dritte Kopf.
Posse in 1 Akt von Franz Wallner.
Sonnabend:
Jocko's Streiche.
Der dritte Kopf.
Sonntag Nachmittag:
Der Kaufmann von Venedig.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Großer Lacherfolg.
Richard Winkler als Timpel, Wilhelm Fröbel als Röhlich, Fahrrad-Dienstmann in der allabendl. um 8½ Uhr mit stürmischem Beifall zur Aufführung gelangenden Ausstattungs-Gesangs-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Dazu das vorzügliche
Oktober-Riesen-Programm.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Kassenöffnung eine Stunde vor Anfang.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
in der **Urania,**
Invalidenstrasse No. 57.
Sonntag, Nachmittag 5 Uhr:
Eine Reise durch Spanien.
Parkett 1,–. Stehplatz 0,50.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Der berühmte k. k. Fechtmeister
Mr. Sulivian
und seine Schülerin
Petö Aranka.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffn. ½7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Geisha.**
Sonntag Nachmittag zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Die Fledermaus.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Couplets von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse.
Täglich 8 Uhr abends:
Berliner Ausstattungsstück mit Couplets,
Mene Tekel
Aufzügen und **Kolossal-Ballets** in 3 Akten (10 Bildern).
Parquet 2,10 Mk.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Direktion: **E. Waldmann.**
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kassenöffnung **6** Uhr, Anfang der Vorstellung **7½** Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
2 sensationelle Novitäten:
!! Adele's Geburtstag !!
Posse mit Gesang von F. Waldau.
Das
Geheimniß der jungen Mamsell.
Schwank mit Gesang von O. Mylius.
Neu! Paul Rochelly. Neu!
Der Champignon aller Bauchredner.
Neu! Max Hildebrandt. Neu!
Der lustige Stabstrompeter zu Pferde.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. – Direktion: **A. Kolig.**
Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Kroue, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Heute Walzer- u. Operetten-Abend.
Neues Programm.
Entree **50** Pf., Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orch.-Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11–1 Uhr.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
1733 Thaler 22½ Sgr.
Posse mit Gesang.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Täglich mit großem Erfolg:
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwank in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Die Stadtrathswahl.
Posse mit Gesang und Tanz.
Gesammtauftreten des neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 14. Oktober:
Goldener Boden.
Original-Posse mit Gesang in 4 Akten v. Ely u. Wazel. Musik v. Fr. Brandt.
Morgen, am Sonnabend:
Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.

Circus Busch
Freitag, den 14. Oktober 1898, abends 7½ Uhr.
Humoristische Vorstellung.
Zum ersten Male: Familie Schulz, höchst komisch. Clown Boganowski als Menageriebesitzer. August Magrini mit seinem singenden Hund. Auftreten der vorzügl. musikalisch. Clowns „The Oumrays". Außerdem: Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,** Ritter p. p., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien. Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung. Zusammenkunft der Blumen, großes Ballet-Divertissement. Die neuen Freiheitsdressuren des Direktor Busch.
Das lebende Monument.
Morgen, Sonnabend, 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.

Pelzwaaren aller Art sehr billig.
Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116.
am Oranienplatz (kein Laden)
Einzelverkauf reeller Waaren zu folgenden Preisen (Partiewaaren führe nicht).
Herrenhüte, weich à 1,25 1,50 2,– 2,50 3,– 3,50 u. 4,–
do. steif . . . . à 2,– 2,50 3,– u. 3,50
do. f. Haarfilz . . . à 4,50 5,– 6,– u. 7,–
Cylinderhüte . . . . . à 4,– 6,– 7,50 9,– u. 11,–
Herren-Mützen . . à 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder-Mützen . . . . . . à 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder u. Confirmandenh. à 0,75 1,– 1,25, 1,50 2,– u. 2,50
Weiche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte,
Chapeaux claques, Turnerhüte, Jagdhüte, etc.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Guckel's Zahnateliers
Lausitzer Platz 2, Steglitzerstrasse 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt–Ilversgehofen
Renommirtes Fabrikat.

Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität . . . 7 M.
" " **ohne Naht, Spiegel 8,50 M.**
" " **Besatz u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
" **Agraffenstiefel, Besatz. 6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
" **Schnürschuhe** . . . . von **3,50** M. an.
" **Hausschuhe** . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [5656 Q*
Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.	**Köln a. Rh.,** Eigelstein 66.
" W., Schillstraße 12.	**Frankfurt a. M.,** Liebfrauenberg 26.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.	" Zeil 67.
Hannover, Klagesmarkt 7a.	**München,** Sendlingerstraße 10.
Hamburg, Steinstraße 16.	" Dachauerstraße 83.
" Margarethenstr. 5.	" Landsbergerstraße 7.
Bremen, Faulenstraße 75.	" Humboldtstr. 22.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.	" Amalienstr. 28.

Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux claques,
weiche und steife Filzhüte zu billigsten Preisen bei
Max Radtke, Blumenstr. 39,
Ecke Andreasstraße (kein Laden).
62159*

Schirm- und Spazierstock-Fabrik
von

J. Patz.
Chausseestraße 102,
Berlin N.,
neben d. Germania-Sälen.

Reparaturen und Bezüge schnell, sauber und billig.

Uhren! Goldwaaren!
Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
Optische Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
Einkauf für 2 eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause.
Uhrmacher. **Konrad Friese.** Juwelier.
1. Geschäft: **Müllerstr. 4,** direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: **Fennstr. 61.** Mein Lager in **Musikwerken** befindet sich **Müllerstr. 4. Symphonion-Spieldosen** von 7 M. an. **Herophons** werden billig verliehen.

Institut für Zahnleidende.

Dr. chir. dent. **Herm. Heród, american. Dentist,**
Elsasserstrasse 92, I Tr. (Rosenth. Thor)
Behandlung aller Mund- und Zahnkrankheiten.
Neu! **Schmerzlose** Zahnoperationen, Plomben.
Patentamtl. geschützte **Aluminium-Gebisse!**

Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Unzerbrechlichkeit der Platte garantirt.
Gebisse **ohne** Gaumenplatte! Deutsches Reichspatent No. 98 522.
Bitte zur Notiznahme, dass **ausser mir** Niemand diese patentirten Gebisse weder in Berlin noch Umgegend anfertigen darf.
Institutspreise! Sprechstunden: 9–12, 3–5, Sonntags 9–11 Uhr. **Telephon Amt III. 3014.**

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Don Juan auf Kuba
Posse mit Gesang.
The tree Brothers Wells,
Akrobaten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Benge vor der Noth!
Allgemeine Volks-Krankenkasse
E. H. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Bureaustunden 8–4 Uhr.
Kleine Beiträge! – Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. **Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.**
Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 5858 Q*

Möbel-Kaufhaus
Die Möbelfabrik **Neue Schönhauserstraße 2,** zwischen Münzstraße und Rosenthalerstraße (früher Rosenthalerstraße 13) verkauft in den neuerbauten Fabriksälen Quergebäude und Seitenflügel, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Lager von einfachen Einrichtungen schon von 150–300 M. Eventuell gebe ich an sichere Leute Ausstattungen gegen Theilzahlungen unter koulanten Bedingungen, Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Nußbaum- oder Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 36 Mark. Korridorspinden 20, Muschelkleiderschränke 32, Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 21, französische Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen 48 Mark, Kommoden 16, Spiegel 9, Säulen-Trumeaux 48, Divan mit Sitzauszug 30, Garnituren, Paneelsophas, Salonschränke, Ankleideschränke mit Spiegelthüren, Ruhebetten, Herrenschreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Bücherschränke 2c., sowie alle Arten Küchenmöbel. Brautleute erhalten Hochzeitsgeschenk. Besichtigung meiner ausgedehnten Verkaufsräumlichkeiten ohne Kaufzwang jederzeit gestattet und erbeten. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb. 5965 Q

Für 3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7–10 M. Für 12 M. f. Cheviot- und Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Krausenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6264 L*

Deutsch. Porter
Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang.
Brauerei Burghalter, Potsdam,
gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. – Ist bluthild., bessh. bess. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 60 zehn M. exkl. In Geb. (¼, ⅛, ⅟₁₆) z. Selbstabz. wesentl. bill.

Allein-Versandst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nichtflaschenzahl – Qual. entscheid.

Niemand sollte versäumen,
bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Jgnatz Sello** zu beziehen: **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., hochf. **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¾ Ltr.) à **80** Pf., **Halb und Halb,** feinst. Eiförmig., pr. ½ Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **Himbeer- u. Kirschsaft,** rein und dick eingekocht, per Liter **1,10** M., **süssen Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac, Rum** und **Liköre** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. 51472*

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.